

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden
Sammelnummer 25 241
Preis für Redigierpreise: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auftragung durch die Post
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 6,50 M., vierjährlich 19,50 M.
Die 1 Spalte 87 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Einzelanzeige unter
Stellen u. Wohnungsmärkte, 1 Spalte 1 M. Auf Vermögensanzeigen, Anzeigen über
Tiere, Auswärtige Aufträge gegen Vorauflage. Einzelnummer 10 Pf.

Geschäftsräume und Gewerbeimmobilien:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Oester & Reichenbach in Dresden.
Postleitzahl-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unseriöse Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Reichs-Raffee

Altmarkt = täglich: 5-Uhr-Tee = Altmarkt

F. Hermann Beeg
Dresden-A., Falkenstraße 26 Fernsprecher
Feuer 19381 und 20461
Verzinkerei - Verzinnerie - Verbleierie

Große Möbel-Ausstellung
Altmarkt Nott & Co. Herzfeldhaus

Das französische Echo von Stuttgart.

Keine Revision von Versailles!

Paris, 11. Febr. Zur Stuttgarter Rede des Reichsministers Dr. Simons sagt „Journal des Débats“: Der Minister habe sich korrekt (!) ausgedrückt als in seiner Reichstagrede, aber aus neuer Erklärung, dass Abkommen von Paris sei als Verhandlungsgrundlage unannehmbar. Er habe gesagt, die Revision des Versailler Vertrages sei unvermeidlich. Er habe sogar protestiert, dass der Versailler Vertrag Deutschland die Schuld am Kriege zuwerfen. Man könne nicht geglauben (!), das die Minister von Berlin und Wien wieder die „Legende von der Unschuld“ verbreiten. Die Alliierten dürften offizielle Kundgebungen, wie die in Stuttgart, nicht dulden. (!) Die deutschen Bezieher wären nicht nach London zu berufen, um über die Realität des Pariser Abkommens zu verhandeln, sie hätten nur Vorschläge über die bessere Ausführungsweise der in Paris getroffenen Entscheidung vorzubringen. Man dürfe nicht dulden, dass sie von Revision sprechen.

Das „Journal des Débats“ scheint nicht zu wissen, dass Deutschland vorläufig noch nicht die französische Kolonie ist, die man gern aus ihm machen möchte. Trotz der unglaublichen Rechte, die sich die Entente-Kommission in Deutschland annehmen, ist es doch noch nicht so weit, dass Frankreich im unbedachten Deutschland deutsche Mindestrechte oder Kundgebungen nach Art der Stuttgarter gestatten oder verbieten kann. Die Absicht, auf keinen Fall Zwangsmaßnahmen zu ergreifen, geht aus folgender Auslassung des „Temps“ hervor:

Der „Temps“ meint, die Stuttgarter Rede gebe allen bestehenden Recht, die die Notwendigkeit erkennt, dabei zu handeln, weil der ersten Weigerung im Reichstage keine Sanktion gefolgt sei. Was Dr. Simons von Bezugswürdigkeit gehört habe, sei sehr vage. Der „Temps“ schreibt ob, dass die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nach den Einnahmen der Eisenbahnen und nach den Ergebnissen der Einkommensteuer berechnet werde. Das hängt alles von der inneren Belebung ab und ist nur auf deutsche Statistik aufgebaut. Auch den Widerstand durch deutsche Arbeitnehmer will das Blatt nicht gelassen. Alond George habe in seiner Birminghamer Rede gesagt, wenn man an dem Vertrage rücksicht, dann schaffe man eine Friedensgesellschaft. Die deutsche Regierung setzte den Friedensvertrag an und führe damit ganz Europa auf einen Weg, der zum Konsilt treibe.

„Keine Rückkehr zum Brüsseler Programm“.

Über Stuttgart sagt Berlinax im „Echo de Paris“: Die Bemerkung des Ministers, das die deutschen Befürchtungen die dringenden Bedürfnisse der Alliierten befriedigen könnten, lasse darum schließen, dass man an dem Programm von Brüssel, mit anderen Worten, zu den fünf Jahreszahlungen und den Ratenleistungen zurückkehren wolle. Das seien Fiktümer, die

man mit einiger Mühe in einer Stunde befehligt habe. Da Deutschland nicht mehr hoffen könne, dass die Festlegung seiner gesamten Verpflichtungen aufgeschoben werde, was die Entente sieht vor die Gefahr gefestigt hätte, sich aufzuhören, bevor die Reparation zu einem guten Ende geführt worden wäre, verloren die deutschen Minister, eine Lösung zu finden, die das gleiche Ergebnis zeitigen könnte.

Nach „Petit Journal“ enthalt die Stuttgarter Rede nur einige ziemlich vage Andeutungen über Deutschlands Bezugswürdigkeit. Es handelt sich, wie es scheint, um einen Mobilisierungsvorplan der deutschen Sölden mit Unterstützung amerikanischer und neutraler Finanzgruppen. Das Blatt meint jedoch, man dürfe nicht vergessen, dass nach dieser Richtung nichts Ernsthaftes unterzunehmen werden könnte, solange der Regierungswechsel in Amerika sich nicht vollzogen habe und solange die neue Regierung nicht effektiv die Leitung der Heidecke in der Hand habe, was nicht vor der zweiten Hälfte des Monats April eintreten werde.

Der „Figaro“ sagt: Dr. Simons hat noch nicht die Panikfalle angegriffen; aber er sprach von phantastischen Summen... Er kündigte außerdem an, dass das Abkommen, das in London abgeschlossen wird, eine Abänderung des Friedensvertrages bedeute, und dass es infolgedessen von den auseinanderliegenden Versammlungen in Deutschland geprüft werden müsse. Das sei eine ästhetisch ingeniöse Art im voraus die Verantwortlichkeit zu teilen. (B.T.B.)

Eine Rede Dr. Wirths in Münster.

Münster, 14. Febr. Hier sprach auf Veranlassung der Zentrumspartei der Reichsfinanzminister Dr. Wirth über die bevorstehenden Londoner Verhandlungen. Wenn in London nur ein Diktat eingegangen werden sollte, dann sei er der Auffassung, dass die deutschen Minister erneut gewählt werden müssen, die dann nach London gingen. Eine Diktatur müsse unter allen Umständen verhindert werden. Wirtschaftlich schwierige Menschen müssten sich um den grünen Tisch sammeln. Doch die gewünschte Verhandlung muss große, schwere und unendliche Opfer auferlegen werden, sei selbstverständlich. Aber man könne seine Vermögenswerte geben. Die Arbeit müsse die Grundlage sein, auf der man in London verhandeln. Niemals werde es eine deutsche Regierung geben, die ihr zu unter ein sohnliches Diktat steht. (wth.)

Reichswehrminister Sehler über den Friedensvertrag.

Berlin, 14. Febr. In einer farblosen Wahlerversammlung in Potsdam verbreitete sich gegen den Reichswehrminister Sehler über den Friedensvertrag und die Pariser Forderungen der Alliierten und warnte dringend davor, sich von der russischen Rückendpolitik der Einheitsräte oder von einem amerikanischen Eingreifen irgendwelche Hilfe zu versprechen. Nur vollkommen Einigkeit und Geschlossenheit des deutschen Volkes könnten und vor der ganzen Welt beweisen, dass nicht eine umfassende Friedensfreiheit der Bewirtschaftung die Brotförderung in Gefahr bringt und damit die Grundlage unserer Ernährung überhaupt erschüttert. Hier kann nur ein Mittweg den gewünschten Erfolg gewährleisten, und dieser Mittweg erscheint nach der Richtung gegeben, dass die Einfuhr von Brotgetreide auch ferner einer Zentralstelle überlassen bleibt, während für die Erfahrung der für die Ernährung der Volksversorgung erforderlichen Mindermenge an Brotgetreide ein Umlageverfahren ins Leben gerufen wird, wonach jeder Landwirt eine bestimmte, ihm von Amts wegen auferlegende Getreidemenge abliefern hat, während der Rest zu seiner freien Vertheilung verbleibt und dem Handel offen steht.

Eine Beweisführung für die völlige Berechtigung der Brotgewirtschaft für das Brotgetreide mit einem Schlag steht darin, dass es dann gerade so kommen würde, wie bei dem Fleisch. Das Brot würde wohl „etwas teurer“ werden, es wäre aber auch mehr da, und es könnte dann ein Teil der durch die Ernährungswirtschaft verursachten ungeheure Kosten zur Verbilligung des Brotes für die wirtschaftlich Minderbemittelten verwendet werden. Wenn man's so hört, müsst' es leichtlich scheinen. Der Ertragshuk liegt aber darin, dass das Brot bei einer plötzlichen völligen Freigabe der Getreidebewirtschaftung nicht bloß „etwas teurer“ werden, sondern so sehr im Preise in die Höhe gehen würde, dass die obersten Schichten die Preissteigerung ausnutzen können. Nach adäquaten Berechnungen würde nämlich dann der Laib Brot von 1920 Gramm auf 14 bis 15 Mark zu stehen kommen, und damit würde dann wieder ein allgemeiner Kampf um erhebliche Gehalts- und Lohnsteigerungen entsfalten, mit all seinen schädlichen Folgen hinsichtlich der Valuta-Einführung und Lebensmittel-Bewertung. So geht es also teinesfalls. Die Bewertung des Fleisches, die mit der Freigabe eingetreten ist, lässt sich ertragen, weil sie jeder auf diesem Wege der Ernährung nach der Decke strecken und ohne Gefahr für die Gesundheit den Verbrauch um so viel einschränken kann, wie es mit dem Verbrauch in seinem Gesamtbestand verträglich ist. Brot aber ist das unentbehrliche tägliche Nahrungsmittel, das bei bereits knapper rationierter Zulieferung keine weiteren Einschränkungen verträgt. Es ist daher auch unumgänglich, dass der Preis des Brotes auf einer für die große Masse des Volkes erträglichen Höhe gehalten wird, und das kann nur erzielt werden, wenn die beiden vorgedachten Belastungen in der Bewirtschaftung des Brotgetreides bis auf weiteres beibehalten werden. Dabei lässt sich erwägen, ob vielleicht die Brotkarte für die ganz hohen Einkommen, aber auch für die in Dorfsozial kommen kann — was Dr. Hermann für sehr höchstlich erklärt hat —, oder ob sie nach österreichischen Muster an die städtischen Bevölkerung solcher Einkommen nur gegen Erlegung einer besonderen Abgabe zu gewähren ist.

Hearst gegen amerikanische Anleihen

an das Ausland.

London, 14. Febr. Wie die „Chicago Tribune“ meint, hat der Zeitungskönig Hearst unter Berufung auf seine Eigenschaft als amerikanischer Steuerzahler eine Klage gegen das Schatzamt angestrengt, die dahin geht, dass dem Schatzamt unterstellt werde, neue Anleihen an ausländische Regierungen zu bewilligen. (Da.)

Das aus dem Überstand hergestellte Brod soll für die ganze Bevölkerung freihandig, also ohne Marken, abgegeben werden.

Bei der Größerung der Frage ist auch der Vorkriegsstand zu beachten, die Betriebsfreiheit nach dem Vorbild des bekannten Autrand Konk. der in den 90er Jahren das vorläufige Jahrhunderts die öffentliche Meinung lebhaft beschäftigte, zu verneinenden. Der Reichsverwaltungsminister Dr. Hermann hat sich aber unter den gegenwärtigen außenpolitischen Verhältnissen mit Recht dagegen ausgesprochen, weil dadurch die Gesetzgebungswürde würde, das die Entente das auf welche Weise gewonnene Einflussrecht als "Staats-eigenamt" behaupten und beklagnahmen könnte. Es kann daher nur eine Centralisierung der Betriebsfreiheit durch die Reichsverwaltung in Frage kommen, wobei der freie Handel nicht ausgeschlossen, sondern ihm nur ein bestimmter Raum unter staatlicher Oberaufsicht vorgeschrieben wird, der über die Reichsgrenzen hinaus führt. Das Umfrageverfahren, das an die Stelle der bisherigen anfangsweiten Erfassung des Auslandsertrages mit der Beobachtungsbeobachtung und ihren erweiterten Beobachtungen treten soll, ist vom Unterrichtsamt des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung vorbereitet worden. Die Umfrage wird für jeden Sektor der mit Brüderlichkeit angebundenen Kinder festgelegt, und zwar sollen die Selbstverwaltungsräte die inneren Einzelheiten der Bevölkerung selbstständig regeln. Die Preisbildung und die Bemessung der von Einzelbetrieb abhängenden Menge erfolgt durch die künftige Zentrale für Betriebsfreiheit, die der Reichsverwaltungsteil eingeschleift werden soll. Das Umfrageverfahren bedeutet in seinem Inhalt den Austritt des Staates aus dem Teil des Betriebes, der bisher trotz aller Anstrengungen kaum herauszuholen war, und erhält somit mittlerweile das amtliche Eingeständnis des Auslandsertrags der Agrarwirtschaft aus. Auf diesem grundlegenden Gebiet der Volksversorgung muss sich nun durch das mit größerer Freiheit der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung ausgestattete Umfrageverfahren daran befragen, von der Auslandsernte am Brodtreide nur das Würzelmehl — 40 Prozent der Gesamterzeugung — überzuladen, das im Betrieb mit der eingeführten Menge unbedingt erforderlich ist, um eine katastrophale Wendung in unserem Brodtreide zu verhindern.

Die Landwirtschaft hat sich im allgemeinen mit dem Umfrageverfahren einverstanden erklärt, sofern gewisse Bedingungen dabei erfüllt und die bei der Ausführung geplanten Fehler vermieden werden. Letztere war teilweise in einer so unerträglichen Höhe ausgedehnt und mit so vielen schwerwiegenden Auslandsertragsbeschränkungen verbunden, dass viele Landwirte überhaupt keinen geregelten Betriebsplan daraus aufstellen konnten. Deshalb wird jetzt gefordert, dass niemand vom Sektor der Auslandsernte mehr als ein einfaches Brodtreide abzugeben verpflichtet sein soll und dass die Verteilung der Umlage auf die einzelnen Betriebe in der Hand der landwirtschaftlichen Berufsgesellschaften bleiben muss. Ferner muss jede Art von Bureauaufwand und Schmerzlosigkeit von der neuen Methode fernhalten werden. Um des Himmels willen kein Schema! Es darf kein starrer Rahmenstuhl gesetzt werden, sondern die individuellen Verhältnisse der einzelnen Betriebe müssen berücksichtigt und bei jeder Ernte oder wenn sonst Gegebenheiten der Baulichkeit es angezeigt erscheinen lassen, ausnahmsweise Erweiterungen zugelassen werden. Die Hoffnung der Landwirtschaft geht dahin, dass die Umfrage den Charakter eines öffentlichen Lieferungsvertrages haben muss und dass an Stelle der früheren Bevölkerungslieferungsfestsetzung im Falle der Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu trocken haben. Auch wird gefordert, dass als Brodtreide gegebenenfalls auch Getreide und Soja mit ansetzen können, wenn andere Getreidearten nicht geliefert werden können.

Die landwirtschaftliche Preise äussern die Besorgnis, dass mit dem auf Grund des Umfrageverfahrens freigeschobenen Raum bei Grossbetrieben wilde Spekulationen betrieben werden könnten. Dieser Einwand verdient selbstverständlich die vornehmliche Beachtung, und es ist tatsächlich nicht anzusehen, dass die Gefahr von Betriebsverschiebungen noch dem Ausland droht. Das kann aber kein Grund sein, das wir für alle Seiten auf jede Misserfolge der Auslandsertragshaltung des Brodtreides verantworten, vielmehr als es, dass die Möglichkeit einer wachsenden Ausweitung des freizeitlichen Betriebsüberschusses alle nur erkennbaren Sicherheitsmaßregeln zu ergründen durch einen vorzüglichsten Karlsruhe Ueberwachungsraum und drastische Strafandrohungen, damit der Übergang ausschließlich im Inland in den Handel gebracht und verwirkt wird. Wenn die behördlichen Organe nach dieser Richtung voll ihre Pflicht erfüllen und jeder Versuch eines derartigen Überschusses verhindern, so ist die öffentliche Wohlfahrt mit unverzüglicher Stärke von den Betrieben geprahdet, der man zuverlässig die gründliche Unterdrückung jedes ernstlichen Missbrauchs der Handelsfreiheit mit dem überdrüssigen Anwandern der und die rasche Gewöhnung aller Bevölkerung an die Belieferung auf den einheimischen Markt erhoffen. Das Umfrageverfahren ist daher grundsätzlich als ein bemerkenswerter Fortschritt auf der Bahn zu betrachten, auf der in ruhiger Fortentwicklung das Endziel der Bekämpfung des letzten Fleins der Auslandsertragshaltung auch auf diesem wichtigen Gebiete der Volksversorgung mitsitzt.

Amerika und die Reparation.

London, 14. Febr. Der New Yorker Finanzberichterstatter des "Daily Telegraph" meldet seinem Blatte: Man erwarte in Amerika keine wesentliche Entwicklung in der Weltwirtschaftslage vor Beendigung der bevorstehenden Londoner Konferenz zwischen Deutschland und den Alliierten. Amerika sehe die deutsche Entschädigungsfrage fühl und geschäftsmässig an mit einer natürlichen Besorgnis, dass sein endgültiges Ueberkommen unangemessene Belastungen auf die Ausfuhren Amerikas legt, die Handelsbeziehungen mit Deutschland wieder aufzunehmen. Die Amerikaner seien sich dessen bewusst, dass ihr selbst gewollter Ausdruck von den Konferenzen der Alliierten ihren Einfluss mit Bezug auf die Bedingungen bekräftige. Sie seien jedoch der Ansicht, dass ihre Wünsche berücksichtigt werden sollten, wenn der amerikanische Markt, wie vorgeschlagen wurde, die "eigenen Reparationsobligationen und Scheine" diskontieren sollte. Man wolle in Amerika, dass Deutschland jede Möglichkeit erhalte, Waren nach den Vereinigten Staaten zu senden. Eine Warnung sei an den Kongress gerichtet worden, dabei mitzuhelfen und keinen hohen Tarif auf die Einfuhr zu legen. (W. T. B.)

Die französische Regierung und Bergmann.

Paris, 14. Febr. Das "Journal des Débats" stellt mit anderen Blättern fest, dass Staatssekretär Berthmann seit seiner Rückkehr nach Paris keine Fühlung mit französischen Kreisen gehabt habe. Es sei unklug, zu sagen, dass die französische Regierung keine Initiative eingreifen werde, um vor der Konferenz Zusammenfassungen oder Verhandlungen mit dem deutschen Delegierten herzustellen, aber sie werde sie nicht ablehnen, wenn sie vorgebrachten werden. (W. T. B.)

London, 14. Febr. Eine Neuer-Akte, in der die von den deutschen Vertretern auf der Londoner Konferenz eintretende Daltung einer Beträchtung unterzogen wird, besagt, dass maßgebende britische Kreise der Ansicht seien, dass bestes Mittel für die Deutschen, die Dinge zu erleichtern wäre, die Weiterleitung konkreter Vorschläge über die Art und Weise, in der sie den Ansprüchen der Alliierten Genüge leisten könnten. So würde man Zeit gewinnen, denn jeder Versuch der Deutschen, das Pariser Abkommen zu verhindern, sei von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die Aussicht der deutschen Vertreter in London ist aber nicht, die durch die überspannten Forderungen der Alliierten von vornherein verfehlte Konferenz zu erleichtern, sondern praktisch durchführbare Vorschläge durchzusetzen.

Deutsche Rechtsansprüche im Saargebiet.

Berlin, 14. Febr. Gegenüber den Maßnahmen der Regierungskommission des Saargebiets, durch welche die Wahrnehmung der Auslandssouveränität der Bewohner des Saargebiets der französischen Regierung übertragen wird, hat die Reichsregierung in mehreren Rollen erklärt, dass sie diese Übertragung nicht anerkennen könne, weil sie dem Verfaulter Vertrag widerspreche. So weit es sich um Personen handelt, die im Saargebiet wohnen, habe die Regierungskommission selbst das Recht, ihre Auslandssouveränität zu vertreten. Außerdem ist das Saargebiet wohnende Saarländer ausser den Schuh Deutschlands, soweit sie die Reichsangehörigkeit befreien. Eine Wahrnehmung der Interessen der Bewohner des Saargebiets gegenüber Deutschland kommt nicht in Frage, da das Saargebiet Reichsgebiet sei. (W. T. B.)

Frankreich und das Außengebiet.

Paris, 14. Febr. L'actualité veröffentlicht einen leichten Artikel über den Verteiler-Kriegsvertrag. Er erklärt darin, dass die Franzosen schon 1919 das Ruder gerichtet haben wollten, aber auf den einheimischen Widerstand der Alliierten gestoßen waren. Er sagt hinzu, dass diese Verteilung immer wieder erneuert werden könnte, um abermals Augenblicks durchzuführen.

Gesängnis für einen erschossenen französischen Hund!

Mainz, 12. Febr. In Hornheim im Rhein-Gau erhob ein Landwirt einen französischen Hund, der auf seinem Grundstück gewilpert hatte. Das Landgericht verurteilte den Landwirt zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Franken Geldstrafe.

Deutsche Frauen und Kinder aber sind schwierig Bestien lauthals preisgegeben!

Deutsche Kommunisten in Frankreich?

Elmer Drahtbericht der "Dresden Nachrichten". Paris, 14. Febr. Die Untersuchung in der Sache des kommunistischen Komplotts hat ergeben, dass dieses Komplott auch von Moskauer Kommunisten auch von deutschen eingeschleift worden ist. An der Spitze befand sich ein gewisser Wüstenberg aus Erfurt, der von Smirnows Institutionen und Geldmitteln erhielt, um die kommunistische Bewegung in Frankreich zu leiten.

Die Spaltung in der französischen Sozialdemokratie.

Paris, 14. Febr. Der Nationalrat der Sozialistischen Partei der Röde Renard-Poncet hat eine Tagessitzung angenommen, in der Albert Thomas aufgefordert wird, zwischen seiner Stellung als Direktor des Internationalen Arbeitsamtes und seinem Deputiertenmandat zu wählen. Der Nationalrat sprach sich außerdem für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjet-Russland aus. Schliesslich wurden für den Internationalen Kongress in Wien die Delegierten bestimmt. Unter ihnen befinden sich Poncet und Renard.

Die amerikanischen Rüstungen.

London, 14. Febr. Der Washingtoner Berichterstatter der "Times" meldet: Die Aussprache im Kongress bestätigte die Absicht Amerikas, seinen Flottenetat nicht zu ändern und dennoch auf Stelle der früheren Bevölkerung hinzuwiesen, wonach die Errichtungen britischer Marinejagdverbündeter, die den Wert der Großkampfschiffe herabsetzen, Propaganda der britischen Regierung seien, um auf das amerikanische Schiffbauprogramm einzurücken. Amerika baut zwei Linienschiffe mit einem Flugbereiche von 2100 Meilen. (W. T. B.)

Ein italienisch-französisches Rohstoffabkommen.

Paris, 14. Febr. Die Verhandlungen über ein Rohstoffabkommen zwischen Frankreich und Italien sind so weit gediehen, dass mit dem Vertragabschluss in österreichischer Zeit gerechnet werden kann. Somit bisher bekannt, sieht das Abkommen monatliche Lieferungen von 100.000 Tonnen Saccharose und jährliche Lieferungen von 150.000 Tonnen Eisenrohrt an Italien vor. Italien seinerseits geht als Kompensation die Verpflichtung ein, mindestens 35.000 Tonnen Roheisen aus Frankreich zu beziehen. (Da)

Ausleben des englischen Handels.

London, 14. Febr. "Daily Chronicle" schreibt: Es fehlen Anzeichen dafür vorhanden, dass der kürzeste Zeitabschnitt der Handelsflaute überwunden sei und dass das Geschäft sich bessern werde. Auch aus Amerika läuft optimistische Berichte. (W. T. B.)

Die Überschichtenfrage.

Böhmen, 14. Febr. Der Vorstand des Verbundes der Bergarbeiter Deutschlands erklärte zur Frage der Überschichten, dass die Verhandlungen darüber noch nicht abgeschlossen seien. Der Vorstand werde in österreichischer Zeit dazu Stellung nehmen. Wahrscheinlich werden auch dabei die Einschätzungen sein, die auf der Konferenz in London geführt werden. Weiter erklärt der Gesamtvorstand, dass mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet sind, die in den nächsten Tagen zum Abschluss kommen dürften und die beweisen, dass die Aussage von Lebensmittel und sonstigen Anwendungen nicht auf den Punkt, sondern durch die Konkurrenzgenossen erfolge. Es ist in Aussicht genommen, diese Regelung ab 1. März in Kraft treten zu lassen. (Da)

Freigabe der Kohleneinsatz?

Berlin, 14. Febr. In einer Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates wurde die Frage der Freigabe der Kohlen-Einsatz nach Deutschland einer Kommission überwiesen, die aus den Herren v. Richthofen, Stinnes, Arnhold, Haas, Cohen, Baldurk. Dr. Berthold, Bögele, Mannheim und Dahl besteht. (Da)

Kassel ohne Zettungen.

Kassel, 14. Febr. Die hiesigen Buchdrucker und Schreiber haben heute wegen Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Die heutigen Mittagsschläfer konnten infolgedessen nicht erscheinen. Ebenso ist das Erscheinen der Dienstagmorgensitzungen als ausgeschlossen zu betrachten.

Verhandlungen des Sperrgesetzes gegen Lippe.

Detmold, 14. Febr. Gegen die lipische Besoldungsordnung für Beamte und Angestellte hat das Reichsfinanzministerium auf Grund des sogenannten Sperrgesetzes Einspruch erhoben. Die Besoldungsordnung wird nunmehr von dem am 18. d. M. zusammengetretenen Reichstag nochmals durchsetzen werden. (W. T. B.)

Der Prozeß Hiller.

Berlin, 14. Febr. Vor dem diesigen Schwurgericht steht die Verhandlung gegen den Oberleutnant Hiller wegen Verhandlung mit östlichem Ausgang an dem Kriegsfreiwilligen Helmack begonnen. (wib)

Rücktritt des schwedischen Kabinetts.

Stockholm, 14. Febr. Das Kabinett ist zurückgetreten. Der König hat die Mitglieder der Regierung erlaubt, vorläufig im Amt zu bleiben. (W. T. B.)

"Sozialdemokrat" erklärt, dass der Gedanke an ein Koalitionskabinett jetzt noch weniger möglich sei als im Herbst, und meint, dass die kommende Regierung denselben Ton haben wird wie die alte, mit einigen wenigen Personalveränderungen. Die konservative Presse äußert ihre Beifriedigung über den Rücktritt der Regierung. "Athenbladet" gibt ein Gericht wieder, wonach Branting den Auftrag erhalten habe, das neue Kabinett zu bilden. (W. T. B.)

Die Entenspolitik gegen Österreich.

(Von unserem Wiener Mitarbeiter.)

Wien, 12. Februar.

Die Durchführung der Pariser Konferenzbeschlüsse in Österreich zeigt noch mehr als ihre Formulierung, dass Österreich seine tatsächliche wirtschaftliche Souveränität an die Entente abgegeben hat; wenn es so weitergeht, wird die politische bald folgen. Und wenn die Entente mit einer offenen Übernahme der Verwaltung Österreich noch zögert, so sind daran lediglich gewisse Bedenken schuld, die dieses österreichische Geschäft doch als etwas faul erkennen lassen. Die Entente will Österreich gegenüber den Friedensschluss konsequent durchführen, obwohl schon wenige Wochen nach dessen Unterzeichnung dessen Unabhängigkeit auch der Entente klar geworden war. Man will sie diesen Irrtum nicht eingehen wohl deshalb, um gegenüber dem deutschen Friedensschluss kein Prädiktat zu schaffen, und gerät so in einen politischen Tauzieh zwischen Friedlichkeit und Phantasie, der dem Österreich der Leidtragende ist. Die Entente verlässt auf das Herrschen, nicht aber auf das Finanzielle. Sie hat die Aufstellung einer "Erparationskommission" durchgeführt, deren Mitglieder größtenteils durch sie ernannt wurden, und welche nun die Ausgabenseite des Staatsbudgets abbauen will; weiterhin hat die Reparationskommission eine Liquidationskommission für das Bau- und Währungswesen eingesetzt, ohne bisher die Deckung für die Einrichtung eines neuen österreichischen Notenbank schaffen zu können; nun wird die Aufstellung einer Finanzkontrollkommission geschlossen, deren Beaufsichtigung des österreichischen Staatshaushaltes die Voraussetzung für eine Kreditgewähr bietet, deren Unzulänglichkeit geradezu gross ist. Mit einem Kapital von 8 Millionen Kronen will man einem Staatgebilde ausheben, das gewungen ist, 18 Milliarden Kronen mehr auszugeben, als einzunehmen.

Und zu kommt neben dieser hochfahrenden Geste der Entente kleinlaut das Eingeschäfts zum Ausdruck, es wäre doch besser, die Nachfolgekosten sollten sich zusammenfassen und selbst helfen. Österreichische Staatsmänner hatten in den letzten Tagen wiederholt Gelegenheit, mit tschechischen, ungarischen und auch jugoslawischen Regierungsmitgliedern in Berührung zu kommen, und konnten bei diesen konstatieren, dass diese im Fahrwasser der Entente dieselben Einschätzungen erfuhrten, wie Österreich. Im Vorortose wird diese Erfahrung den Grundton der Beratungen bilden, und die Bemühungen der Ententevertreter werden darauf gerichtet sein müssen, diese oder jenen "Ausländer" auszuspringen und dem westlichen Kurs" aufzuhalten. Speziell Ungarn gegenüber lässt es die Entente nicht an einer gewissen Front stehen; Ungarn hat sich seit jeher, im Bewusstsein seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit, der Entente gegenüber als ziemlich festnäsig erwiesen und auch in der Dynastiefrage noch keineswegs beigegeben. In den Augen der Entente ist Ungarn jedenfalls stärker als Österreich; Grund genug, um kurzlich einen Notenwechsel zu initiiieren, der auf nichts anderes hinausläuft, als dass Österreich abgebrochene deutsche Westungen beim Magnaureum zu belassen. Auch das Freimaurertum soll bei diesem Wahl die Hand im Spiele haben; Westungen darf das Einigkeit der Pariser Großloge dafür sein, dass die leidige ungarische Regierung die ungarischen Freimaurerorganisationen wieder frei gewähren lässt.

Auch in die österreichische Wehrorganisation greift die Entenspolitik ein. Auf Wunsch der Reparationskommission wurde eine Novelle zum österreichischen Wehrgebot eingeführt, die vornehmlich aus Reparationsgründen, den tatsächlichen Stand der Wehrmacht bis auf 6000 Mann herabsetzen will. (Die Novelle ist jedoch, wie gemeldet, vom Nationalrat abgelehnt worden. D. Ned.) Auch die österreichischen Heimwehren sind der Entente ein Dorn im Auge. Die Heimwehrorganisationen gehen von Tirol aus, wo sich im Anschluss an die "Orgel" in allen Teilen des Landes gut durchgebildete Schützenorganisationen angemeldet haben, die auch über Munition verfügen. Außer den Tiroler Organisationen bestehen noch in Oststeiermark gut bewaffnete Verbände. In den übrigen Ländern Österreichs und auch in Wien selbst sind Anteile zu Heimwehrorganisationen vorhanden, doch kann man hierbei nicht von direkten "Beziehungen" sprechen, da diesen Organisationen fast durchweg Bewaffnung fehlt. Ein Gegenseitig zu diesen Heimwehren bilden die Arbeiterwehren, die namentlich im Wien-Neustädter Industriegebiet großen Anhang besitzen und sich durch Plünderungen örtlicher Waffendepots bemühen. Beide Arten von Wehren müssen nun auf Wunsch der Entente einer raschen Auflösung zugelängt werden.

Verhandlungen über Westungarn.

Wien, 14. Febr. Der "Politischen Korrespondenz" folgt zu treffen der ungarische Minister des Auswärtigen Graz und der ehemalige ungarische Minister des Innern Graf Gábor Wittich abend in Wien ein, um mit der österreichischen Regierung angesichts des bevorstehenden Inkrafttretens des Friedensvertrages von Trianon die mit dem Übergang Westungarns an Österreich zu erledigenden Fragen zu erörtern. In den Verhandlungen, die österreichischerseits vom Bundeskanzler Major geführt werden, wird noch eine Reihe von Nebenfragen zur Erörterung gelangen. (W. T. B.)

Wien, 14. Febr. Wie die "Politische Korrespondenz" meldet, beginnt sich heute der italienische Gesandte de Sabatella noch Rom, um mit dem Grafen Cavour über die vorstehende Konferenz in Portofino zu sprechen, sowie über das für die Befreiungskonferenz an Österreich zu erledigenden Fragen zu erörtern. In den Verhandlungen, die österreichischerseits vom Bundeskanzler Major geführt werden, wird noch eine Reihe von Nebenfragen zur Erörterung gelangen. (W. T. B.)

Die Verlegung des österreichischen Anschlusses.

(Einer Drahtbericht der "Dresden Nachrichten")

Wien, 14. Febr. Die "Meidvoß" meldet, dass die Bundestagssitzung die Verlegung der Anschlussfrage auf unbestimmte Zeit beschlossen habe.

Wien, 14. Febr. Nach einer parlamentarischen Mittagszeit sind gekommen eine Sitzung der Reichsvertretung der Großdeutschen Volkspartei statt, in der von östlichen Rednern vorgetragen wurde, dass die Partei mit allen Mitteln auf die rasche Durchführung der Anschlussverhandlungen über den Anschluss an Deutschland an drängen werde. (W. T. B.)

Ein deutsch-polnischer Ergänzungvertrag.

Berlin, 14. Febr. Gestern ist im Auswärtigen Amt ein Ergänzungsvetrag zum deutsch-polnischen Vertrag vom 1. Oktober 1919 über die Entlastung festgehalten. Der Vertrag ist abgeschlossen und die Gewährung von Straffreiheit (Deutsch-polnischer Amnestievertrag) von den hierzu bevolkungsgünstigen deutschen und polnischen Unterhändlern unterzeichnet worden. Der Vertrag bedarf noch der Ratifizierung durch die gesetzgebenden Räte.

Die bayerischen Demokraten und die Einwohnerwehren.

München, 14. Febr. Der Verteidigungsausschuss der Deutschen demokratischen Partei, der hier ankommt, setzt sich, hat die Haltung der demokratischen Landtagsfraktion in der letzten Krise eingehend erörtert. Die nordbayerischen Vertreter waren mit dieser Haltung wenig einverstanden und hätten es lieber geheißen, wenn die Demokraten aus der Koalition ausgeschieden wären. Die Südbayern erklärte jedoch, es hätte durchaus nicht dem Willen der Wähler entsprochen, wenn die Partei sich gegen die Einwohnerwehren erklärt hätte.

Freigabe des in Stettin angehaltenen Dampfers.

Berlin, 14. Febr. Der Tourarendampfer "Prinzess Sophie Charlotte" der Neuen Dampferfahrtsgesellschaft in Stettin, dessen planmäßige Ausfahrt nach Riga und Gdansk am Sonnabend nicht erfolgen konnte, weil die Kontrollmission auf Unterforschung seiner Ladung nach Kriegsmaterial bestand, ist am Sonntag früh nach dem Beleidigungstest ausgelaufen, nachdem die Kontrollmission auf Veranlassung der deutschen Regierung auf die Vornahme weiterer Unterforschungshandlungen verzichtet hatte. (B. T. B.)

Die französischen „Genossen“.

Paris, 14. Febr. Die neue sozialistische Partei, die seit der Spaltung auf dem Kongress von Tours ins Leben getreten ist, tagte gestern und nahm eine Resolution an, in der es heißt, daß alle Schulen am Kriege Deutschland (?) anfallen und Deutschland alle Entschädigung zahlen sollte, wie dies auch der Genosse Scheidemann (!) anerkannt habe.

Keine Unterstützung durch die schweizerischen Gewerkschaften.

Basel, 14. Febr. Nach einer Meldung aus Bern lehnte die Mehrzahl der schweizerischen Gewerkschaften die Unterstützung des Einspruches der deutschen Arbeiterverbände gegen die Pariser Beschlüsse ab.

Das neue Ortsklassenverzeichnis.

Berlin, 14. Febr. Die Vorarbeiten für ein neues Ortsklassenverzeichnis stehen nunmehr vor ihrem Abschluß. Die Vorläufige der Länder für die Einführung der Orte unter 1000 Einwohnern sind zum größten Teil eingegangen, in dem demnächst die in Aussicht gestellten Verhandlungen mit den Beamtenorganisationen beginnen können. Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird die endgültige Vorlage im Reichsfinanzministerium fertiggestellt und dem Reichsrat und Reichstag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Zur Beißagnahme ausländischer Wertpapiere.

Berlin, 14. Febr. Wie wir von geständiger Seite hören, treffen die Befindungen über die bevorstehende Beißagnahme ausländischer Wertpapiere, die aus nichtamtlicher Quelle stammen, nicht zu. Bis das Reichsfinanzministerium mittelt, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, wann und in welchem Umfang weitere Beißagnahmungen ausländischer Wertpapiere erfolgen werden. (B. T. B.)

Der Vertrag von Sevres.

Konstantinopel, 13. Febr. Nach einer havas-Meldung hat die Abordnung der Phorte von ihren Forderungen Covern und Regierungen gefrischen. Dafür wird sie verlangen, daß ihr der Landkreis angehört werde, der seit dem türkischen Waffenstillstande im Oktober 1918 bestand. Außerdem wird sie eine Art Aenderung der Artikel des Vertrages von Sevres beantragen, welche die innere Vermautung der Türkei berühren. Die Abordnung geht mit sehr entgegenkommenden Absichten nach London, wird sich aber allen Verleugnungen nationaler Grundsätze entgegenstellen. Sie wird die Sozialpolitik der Türkei sowie die finanzielle und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Türkei verteidigen.

Die Wünsche Unir Gesells.

London, 13. Febr. Unir Gesell, der sich noch in London aufhält, erklärte einem Vertreter des "Daily Express", seine Aufgabe bestehe darin, die Alliierten zu überzeugen, daß es Zeit sei für sie, die Bedingungen zu erfüllen, die sie für die Beteiligung des Balkans am Kriege eingenommen hätten. Er erklärte sich bereit, in Meßopotamien überall, wo die arabischen Hegemonie besteht, eine Regierung aufzurichten, die beschäftigt sei, die Gebiete zur Befriedigung der Bewohner zu verwahren. Er will eine arabische Regierung unter dem Sultane England auf konstitutioneller Grundlage.

Benizelos bei Irland.

Paris, 14. Febr. Briand empfing heute vormittags Benizelos. (B. T. B.)

Kunst und Wissenschaft.

† Dresden Theater: Spielplan für heute. Opernhaus: "Martha" (7). Schauspielhaus: "Was ihr wollt" (14). Alberti-Theater: "Und Pippa tanzt" (15). Residenz-Theater: "Ihre Hoheit — die Lägererin" (7). Central-Theater: "Die Strohwölfe" (17). Beratungen: heute 7 Uhr, Vereinshaus; Beethovenhalle; Havemann und Schwarz — 7 Uhr, Palmengarten; Florizelhalle; Linz. — 15 Uhr, Kirchgemeindehaus Blaues Sommermusikfest Klingenberg.

† Wilhelm Dettmer, der bekannte Schauspieler des Sächsischen Landestheaters, begibt am 15. Februar sein vierzigjähriges Bühnenjubiläum. Er trat 1881 in den Verband des ehemaligen Hoftheaters ein, als sein Vater Friedrich Dettmer, der große Heldendarsteller, plötzlich gestorben war. Lange Zeit stand Wilhelm Dettmer neben Maxowitsch als jugendlicher Held und die Zahl der von ihm in wachsender Reife verkörperten Bühnenrollen ist groß. Niemals wirkte der Künstler durch vornehme Kultur des Wortes und der Geste, ein Wahrsager alter, schöner Schauspieltradition, und bis in die letzte Zeit hinein hat er einen großen Vater und aufrechtstehend Charakter mit schönem Gesang gehabt. An seinem Ehrentag nehmen viele getreue Theaterfreunde Anteil.

† Dresden Künstler auswählen. Der Maler Adriaan Rappoldi spielt klarisch mit bedeutendem Erfolge im sächsischen Salzgittern. — Carl Bildhauer und Alf Schmalzner und Grete Werrem-Billmeyer haben in Silberwärde die Gold in Bandes "Schönung" gesungen und großen Erfolg gehabt.

† Die Dresdner Skulpturenansammlung 1920. Wie uns aus Dresden gemeldet wird, bot sich zu Renerwerbungen im vergangenen Jahre wenig Gelegenheit. Die Angebote werden immer seltener, der Wettbewerb des Ausländers immer schwächer. Nur ein wenig Werk der Meisterschaft kommt an, was ein Schmuckstück aus Gold in Gestalt eines Kreisentopfes, wahrscheinlich etruskische Arbeit. Auch eine römische Glasgefäße von selten Form und ausgesuchter Erhaltung füllten Bilder aus. Bei dieser Lage auf dem Kunstmarkt wurde eine Schenkung besonders begrüßt, die der Sammlung aus dem Nachlaß des früheren preußischen Gesandten in Rom Karl v. Schözer, von dessen Witwe stammte. Es sind Werke der antiken Kleinkunst aus verschiedensten Reichen und Gebieten: ein paar Proben altpäpstlicher Kleinkunst, griechische Terrakotten, japanische Stabblätter, aus Eisen geschnitten. Ferner wurde ein in Holz geschnittenes Relief aus der Renaissance erworben, das lebhaft an den führenden Meister der Zeit seit Stoß erinnert. Vielleicht hat man es mit einer ebenbürtigen Arbeit des Meisters zu tun. Die Abteilung von

Neue Landtags-Vorlagen und -Anträge

Das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften.

Den beim Landtag eingegangenen Entwurf über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften ist folgendes zu entnehmen: Die Religionsgesellschaften, die im Staate Sachsen als Körperschaften des öffentlichen Rechtes anerkannt sind, dürfen von ihnen nach den reichs- und landesrechtlichen Bestimmungen oder zusätzlichen pflichtigen Mitgliedern einen Zuschlag zur Einkommen- oder Aufschlüsselung erheben, als sich der Anspruch der bürgerlichen Gemeinde oder mehrerer bürgerlicher Gemeinden nach § 20 bis 25 des Landessteuergesetzes vom 20. März 1920 auf die innerhalb des Bereiches der Religionsgesellschaft auftretenden Einkommensteuerbezüge erübrigt oder, soweit es sich um selbständige Gütekörperschaften handelt, erredet würde, wenn sie bürgerliche Gemeinden wären. Diese Anrede darf im allgemeinen 10 v. H. dieser Steuern nicht übersteigen. Sie können jedoch ausnahmsweise im Falle besonderer Bedürfnisse bis auf 15 v. H. mit Genehmigung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts und des Finanzministeriums erhöht werden. Die Religionsgesellschaften können das Steuerausfallsrecht selbst ausüben oder es ihren Unterverbänden ganz oder teilweise überlassen. Für die Unterverbände gilt sinngemäß, was für die Religionsgesellschaften bestimmt ist, soweit sich nicht aus dem Gesetz etwas anderes ergibt. Die Religionsgesellschaften dürfen von dem Zuschlagsrecht nur insofern Gebrauch machen, als ihre sonstigen Einkommen, insbesondere aus ihrem Vermögen, sowie an Renten und Gehältern, zur Deckung der Ausgaben einschließlich etwaiger Rücklagen nicht ausreichen. Der Steuerbedarf jeder öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft ist alljährlich oder in regelmäßigen größeren Zeitschritten durch einen Haushaltspunkt (Haushalt) festzuhalten. Die Aufsätze müssen für alle Steuerpflichtigen gleichmäßig sein. Die Religionsgesellschaften haben durch ihre verfassungsmäßigen Vertretungen für ihren Bereich allgemeinverbindliche Steuerordnungen aufzustellen und dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts vorzulegen. Dieses hat im Einvernehmen mit dem Finanzministerium zu prüfen, ob die Staatsregiezen allenfalls beachtet sind. Die Steuerordnungen dürfen erst verkündet werden, wenn das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts bestätigt hat, daß von Staats wegen nichts dagegen einzuwenden ist. Die Steuerpflicht beginnt und endet mit Ablauf des Monats, in dem das Steuerrecht bestehende Verhältnisse eingetreten oder weggefallen ist. Sie erhält insbesondere mit dem Ablauf des Monats, in dem der Steuerpflichtige verstorben oder sein Kirchenaustritt vom außerstaatlichen Staatsbeamten gemäß § 2 Abs. 1 des Kirchenaustrittsgesetzes vom 1. August 1919 beurkundet ist. Die Reichsregierung sieht der vor der Regierung vorgeschlagener Regelung nicht entgegen. Der Abgeordnete Grüber hat in der 50. Sitzung der Nationalversammlung ausgeführt, daß die Nationalversammlung in die bestehende Reichsregierung nicht habe eingreifen wollen. Der Landesgesetzgebung ist volle Freiheit in der Steuerwahl gelassen.

Rothandsaktion für die erzgebirgische und vogtländische Landwirtschaft.

Der Haushaltshaushalt A des Landtags beantragt, die Vorlage Nr. 13 über die Billigung eines Berechnungsmeldes zur Rothandsunterstützung bei Belebung von Sozialgut für die erzgebirgische und vogtländische Landwirtschaft mit der Änderung zu genehmigen, daß derjenige Teilbeitrag der bei Kap. 72 Tit. 1 des ordentlichen Haushaltspunkts für 1920 mit eingesetzten Saarsatzbeihilfe von 1 Million Mark Unterstützung besonders bedürftiger Landwirte in den höheren Teilen des Erzgebirges und des Vogtländes, der unverwendet geblieben ist, zu den in der Vorlage Nr. 13 bezeichneten Zwecken verwendet wird.

Volksbegehren und Volksentscheid.

Der Rechtausschuss des Landtags beantragt, die Regierungsvorlage mit mehreren Änderungen, im übrigen unverändert anzunehmen. II. a. soll der § 2 durch folgenden Absatz 1 ergänzt werden:

„Der das Gesamtministerium beantragt, einem Antrag auf Auflösung des Volksbegehrens stattzugeben, weil seiner Auffassung nach der Gegengruß des Volksbegehrens nicht zur Zuständigkeit der Landesregierung gehört, so legt es den Antrag dem Oberverwaltungsgericht zur Entscheidung vor.“

Der legte Abzug desselben Vorarbeiten soll folgenden Wortlaut erhalten:

„Die Abstimmung hat frühestens zwei Wochen und spätestens einen Monat nach der Veröffentlichung der Auflösung zu beenden. Die Abstimmungsfrist beträgt 14 Tage.“

Ein Minderheitsantrag der dem Auskauf angehörenden Mitglieder der Fraktionen der Deutschen Nationalpartei, der Deutschen Volkspartei und der

Deutschen Demokratischen Partei will dem § 2 folgende Fassung geben:

„Sind die Vorstellungen des § 1 nicht erfüllt oder ist das Begehr noch Artikel 27 der öffentlichen Verfassung unausführbar, so weist das Gesamtministerium den Antrag zurück und benachrichtigt hierzu den ersten Unterzähler. Dieser kann binnen zwei Wochen durch Eintritt beim Gesamtministerium die Entscheidung des Preises des Oberverwaltungsgerichts anstreben.“

Sind die Vorstellungen des § 1 erfüllt und geht der Antrag auf Auflösung des Landtags, so erfolgt die Veröffentlichung und Aufführung durch das Gesamtministerium ohne weiteres.“

Die Abstimmung hat . . . (wie in Abzug 2 der Vorlage).“

Örtliches und Sächsisches.

Bettende Kinder.

Der Kinderbettel hat in letzter Zeit wieder sehr überhandgenommen. In den verkehrsreichen Straßen unserer Stadt werden die Vorübergehenden von Kindern um Geld angeworben oder zum Einkauf von Streichholzern, Schreibfedern oder Postkarten gebeten. Die Mehrzahl der Anfragenden faßt sich mit Geld los, Beiträge von 50 Pf. bis zu 1 Mark sind nicht selten. Gedankenlos wird das Geld in die Kinderhand gelegt, die wenigen Gebete fragen, wie das Geld angewendet wird, ob vor vorhanden ist und ob die Eltern von dem Handel und Betrieb Kenntnis haben. In den meisten Fällen ist letzteres nicht der Fall. Die Kinder „arbeiten“ auf eigene Hand, ältere Kinder haben sind Lehrmeister oder Lehrerhelfer. Das Geld wird dann zu Räucheretzen, zum Kinobesuch und neuerdings zum Glücksfall verwendet. Werden diese Kinder befragt, geben sie meist falsche Auskunft oder ergründen das Motiv voran. Wenn man auf das Polizeiverbot hin, daß den Kinderbettel unterlasse, so erhält man feste Antworten, was geht Sie gar nicht an, Sie sind doch kein Polizeier! Soch kleine Gewohnheitsbetrüger machen sich nach und nach zu Taugenichts und Tagelieben aus, die jeder ernsthaft Arbeit gern und nur zu oft als Verbrecher enden. Und wer trägt das Schuld daran? Nur die Gedankenlosigkeit der Mitmenschen. Einer solch billigen Mitleidswollung liegt kein wahres Gefühl zugrunde. Jedermann sollte sich zum Grundsatz machen, Betteln oder hausrütteln kann kein Mensch zu geben. Wenn sich Name, Alter, Wohnung und Schule feststellen läßt, melde man den Fall in der Geschäftsstelle der Zentrale für Jugendfürsorge, Bischofumstrafe 7, I., schriftlich oder auch durch Fernschreiber Nr. 17189. Die Zentrale wird dann, falls in der Familie des Kindes wirklich Not herrscht, helfend ein greifen und das Kind der Strafe und dem Bettel entziehen. Vieles solcher Fälle hat die Zentrale bereits fernerreich erledigt.

Gauholf und Wirtschaft.

Dresden Landeskosten.

Infolge Aufhörens der behördlichen Festbelieferung mit Ausnahme von Butter sind besondere Landeskosten an der Stadt Dresden bei der jeweiligen Lebensmittelvereinausgabe zum letzten Male ausgegeben worden. Von diesen Landeskosten wird nur die Karte „März — X“ befreit, die spätestens am 28. Februar in den einkämpfenden Fleischhandelsgeschäften anzumelden ist. Von den Fleischhändlern sind diese Karten ab dann am Dienstag oder Mittwoch der jeweiligen Woche bei dem zuständigen Weißbastei zur Ausstellung des üblichen Weißbasteiweises einzurichten. Die übrigen Butterbelieferungen werden auf einen Ausweis der allgemeinen Lebensmittelkarte erfolgen, worüber jedesmal besondere Bescheinigung ergeht.

Hünigter Lage auf dem Fleischmarkt.

Infolge reichlicher Heringsfänge in allen Hängeländern in der vergangenen Woche konnte der Fleischverkaufspreis für grüne Heringe auf etwa 250 Pf. für das Pfund herabgesetzt werden. Vorläufig wird in den nächsten Tagen zu annähernd diesem Preise noch verkaufen werden können. Auch Büddlinze sind infolgedessen ganz wesentlich billiger zu haben, schon unter 5 Pf. bis zu 6 Pf. und darüber das Pfund, je nach der Qualität.

Rothandsversorgung mit Konfirmandenanzügen und -dränen.

Für die minderbemittelte Bevölkerung gelassene Konfirmandenanzüge aus dunstelben gehörtem, sozusammen Ründerland zum Preise von 250—300 Pf. gegen Vorlese und des Dresden Einwohnersteuern aus zum Verkauf bei den Firmen Eger & Sohn, Heinrich Gobbers, L. Großmann, Kontumverein, Vorwärts und Modehaus Adolf Renné. Weiter werden Konfirmandenanzüge (Burkundstiefel Größe 36—39 zum Preise von 115 Mark für

Originalskulpturen der Renaissance wurde durch eine in Holz geschnittenen Frauenfigur. Die „Friderende“ genannt, von Ernst Barlach bereichert. Ferner wurden eine ganze Anzahl Glasobjekte erworben.

† Uraufführung in Leipzig. Aus Leipzig wird aus geschrieben: Ein neues Drama „Wohnschaft“ von Hans Lauckner, dem Verfasser von „Christa, die Tochte“, erlebte am Alten Theater in Leipzig seine Uraufführung. Der junge Dichter zeigt sich darin als eine der stärksten Kräfte und größten Hoffnungen unserer modernen Bühne. In diesem Drama versucht das Leben seiner Zeit und ringt ihre Probleme nach einer Lösung. Aus eigenem Erleben, Fühlens und Seindesten ist es entstanden. Wohnschaft ist jedoch ein junger Dichter, der aber vom Dichten sich abwendet, weil es seinem, vom Mittelstand mit der leidenden Menschheit erfüllten Streben nicht mehr genügt. Er will helfen, das ist sein Wunsch, und zwar bestehen mit der Tat. So wird er Arzt, ein weites Gebiet eröffnet sich ihm; aber auch hier scheitert er, weil er erkennt, daß seine Kraft der Unmöglichkeit des menschlichen Elends gegenüber nicht auslangt. Um der Menschheit zu dienen, wird er zum Volksdichter; er stellt sich an die Spitze der Revolution, als Freund der Armen und Entebben will er ihnen ein besseres Los bereiten. Aber die Ereignisse sind stärker als er; mit Schrecken sieht er, wie die von ihm enthaltene Revolution zum Blutbrennen führt, und er fällt dem Dolchblitz plündrernder Männer zum Opfer. Sterbend belebt sich Wohnschaft wieder zu seinem Dichterum. In künstlich plötzlich geschehen, lebensvollem Bildern steht dieses Menschenideal, das eng verbunden ist mit einer Fülle scharf umrissener Gestalten, in edler Versprophete vorüber. Das Werk wurde vom Oberleiter Dr. Antonach angesiedelt in Szene gesetzt. Professor Baranowski schuf eine Reihe eigenartiger Bilder expressionistischer Bildenskulptur. Als Wohnschaft habe ich eine Gestalt voll Begeisterung und Innerlichkeit.

Dr. L. St. † Der vielgeehrte Ballettmäst. Richard Stöckel hat in Berlin dem Ballettmäst. der Münchner und der Berliner Staatsoper Kröller einen Engagementsantrag gemacht. Kröller ist als Ballettmäst. und erster Tänzer für das große Wiener Staatsoperballett, das Karl Boßmeyer reformiert ausstechen.

Professor Ermenegi. † Das weitbekannte Mitglied der Biologischen Reichsschule für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem Professor Emil Ermenegi ist im Alter von 56 Jahren einem Anfall von Herzschwäche erlegen.

Professor Rauch. † Der hervorragende Architekturplastiker Bildhauer Professor Rauch ist an einer schlechten Vergiftung im Alter von 55 Jahren plötzlich gestorben.

† Die erste Ausstellung moderner deutscher Künstler in Holland. Die vor kurzem im Städtischen Museum zu Amsterdom eröffnete Frühjahrsausstellung der holländischen Künstlervereinigung „De Onderhankelen“ enthält auch eine Reihe von Werken moderner deutscher Künstler und öffnet damit zum ersten Male seit 1914 wieder den deutschen Künstlern die Porten Hollands. Unter den deutschen Künstlern, die in dem großen Ehrensaal ihre Werke zeigen, befinden sich hervorragende Vertreter unserer modernen Kunst, wie Beckstein, Wedel, Schmidt-Rottluff, Egon Schiele, Max Pechstein, Schmidt, Böcklin u. a. Bei der Eröffnung betonte der Vorsitzende der Vereinigung, Maurice de Groot, die Wichtigkeit der internationalen Beziehungen für das Kunstleben und hob Deutschlands Anteil an der kulturellen Weltmeinheit hervor.

Neue Bücher und Zeitschriften.

Paul Warde, der bekannte Schriftsteller des „Globusdorfs“, der durch seine von nationaler Hochdramaturgie getragenen und das deutsche Gemüth wadenden und forschenden Gedichte während der folgen Tage deutscher Siege und in der trüben Apotheose zusammenbrachte vielen ein lieber Freund und poetischer Prediger geworden ist, hat unter dem Titel „Erinnerungen“ eine Sammlung seiner wahrhändig Gedichte aus der Zeit nach dem großen Kriege erschaffen lassen. (Verlag Hermann Krüger, Berlin W. 57.) Wenn auch wie bei aller Tagebüchekultur überhaupt, der Wert aktuell empfundener und aktuell gebliebener, an die Wirkung des Tages, in der Stunde berechneter politischer Zeitgedichte naturgemäß dem Ablauf der Seiten entsprechend abweichen mögigt, so bleibt doch von über die Seite hinaus Gedankens und Gefühl und über die Zeit hinaus Weisendem genug übrig, um eine Sammlung solcher poetischer Tagebücher und Tagebücher zu rechtfertigen. Nicht nur, daß jeder deutsche Mensch sich gern in Stimmungen und Seelen anklängt und darüber freudig spricht, in denen er in Sorgen und Nöten sich aufgest

des Haar an Minderbemittelte verloren, und zwar an- nahmeweise unmittelbar im Gewerbeamt B. Neues Rathaus, 2. Obergeschoss, Ammer 207 in der Zeit von 9-8 Uhr. Ver- laufsbetrag: 15. Februar 1921. Einwohnerchein ist mitzubringen.

Der Rat zu Dresden zur Abstimmung in Blasewitz, Polchow, Weißer Hirsch. Wir erhalten die folgende amtliche Mitteilung: Bei der von den Gemeinden Blasewitz, Polchow und Weißer Hirsch am 6. Februar 1921 veran- klagten Abstimmung haben sich gegen die Eingemeindung erklärt: a) in Blasewitz von 995 Wahlberechtigten 747 = 75 Prozent, b) in Polchow von 3028 Wahlberechtigten 2899 = 57 Prozent, c) in Weißer Hirsch von 1478 Wahlberechtigten 725 = 50 Prozent, d) in den drei Gemeinden zusammen von 12 426 Wahlberechtigten 6861 = 52 Prozent. Die oben genannten Zahlen der Wahlberechtigten erhöhen sich noch dadurch, daß auch Ausländer, die von der Landtagswahl ausgeschlossen sind, an der Abstimmung teilnehmen können. Auch diese Ausschließung zeigt, daß sich in den drei Gemeinden zusammen eine absolute Mehrheit gegen die Eingemeindung ergibt hat. Wenn sich tatsächlich ein einzelner Ausländer an der Abstimmung beteiligt haben, so dürfte dies auf das Ergebnis kaum einen wesentlichen Einfluß ausgeübt haben. Der große Prozentsatz, der sich gegen die Eingemeindung ausgewiesen hat, ist um so bemerkenswerter, als die Sozialdemokraten beläufig Wahlenthal- tung proklamiert hatten.

Die Wohnungsvorordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel bildete den Gegenstand einer ausgedehnten Besprechung, die am Montag nachmittag im Sitzungssaal des Allgemeinen Haushaltverbandes, Marienstraße 38, stattfand. Stadtratsrat Dr. Graupner, der Vetter des städtischen Wohnungsamtes, erläuterte das einleitende Referat. Er gab zunächst einen Überblick über die vor Erlass der Vorordnung bestehenden Vorschriften, die durch die neue, in unserem Blatte bereits auszugsweise wiedergegebene Verordnung vom 9. Januar nunmehr zusammengefaßt und ergänzt worden sind. Die Verordnung, die der Redner eingehend erläuterte, beschäf- tigt sich mit der Beauftragung von Behörden und Wohnungsamt. Nach ihr dürfen u. a. Wohnräume nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeindebehörde vermietet, über- lassen oder in Gebrauch genommen werden. Diese Be- stimmung bildet das Maßstab für den öffentlichen Woh- nungsmangel des Wohnungsamtes, über dessen Ausgaben sich Dr. Graupner gleichfalls ausführlich verbreitete. Der Wohnungsmangel hat zur Voraussetzung die Wohnungsbauabteilung, die Prüfung der Leistungsfähigkeit der Wohnungsbauenden, die Wohnungsaufgabe und als Anhang die Raumung der Wohnungen, die unzureichend bezogen worden sind, endlich die Belebung von Zwangsmietverträgen. Der Rat hat breite Ausführungsbestimmungen bearbeitet. Bei der Begehung der Rechtsmittel bemerkte der Referent, daß die Verzierung einer Wohnung gegen Wohnungsmangel durch Beleidigung beim Einigungsamt angefochten werden kann. Weiter ist die Aufsichtsbehörde möglich. Es ist aber nicht ratsam, solche Beleidigungen gleich an vier oder fünf Stellen zu richten, wie es oft geschieht, wenn alle Mittel versagt. Zu empfehlen ist vielmehr, sie höchstens an den Lotsodesernennern zu richten. Nach § 1 kann die Vermietung von Wohnräumen durch private Wohnungsmärkte von der Gemeindebehörde abhängig gemacht werden. Die Durchführung dieser Bestimmung ist im Gange. Es haben bereits Verhandlungen mit den interessierten Räten gefunden, um ihnen ihr Gewerbe weiter zu ermöglichen. Am Mittwoch werden die Vetter der Wohnungsmänner der größeren Städte zusammenkommen, um diese Vorschriften ebenfalls weiter zu verfolgen. Die Beleidigungsbestimmungen finden auch Anwendung beim Bürolein- quartierungsgeley. Es liegt im Interesse des Bürolein- quartierungsamtes, dem Wohnungsamte sofort Anzeige zu machen, wenn der Büroleinquarziter mit der Piste im Rückstand bleibt. An den Vortrag knüpfte sich eine sehr lange, ausgedehnte Ansprache, in der Dr. Graupner auch die Bestimmungen über die Ablehnung eines vom Wohnungsmann angemeldeten Mieters besprach. Es wurde lange darüber gefeuert, daß Ausmietungen von Wohnungen beim Wohnungsmann manchmal liegen bleiben, und es daher vorkomme, daß Wohnungen leerstehen müßten, wodurch der Vermieter einen Ausfall habe. Dr. Graupner sagte zu, solche Fälle genau zu untersuchen, und versprach, mit seinem Büro ständig zahlende Beamtenkasse für eine glatte Er- ledigung aller einstehenden Angelegenheiten besorgt zu sein.

Zum Grabenzugang in Cölln i. G. In der letzten Sitzung des Cöllnischen Gemeinderates wurde ein Antrag eingeführt, der die Bildung eines offiziellen Unter- suchungsausschusses fordert, dem als beruhende Zentralstelle alle eingeschendenden Gelder und sonstige Liebesgaben zufließen. Der Antrag soll eine zweckfördernde Hilfs- aktion für die notleidenden Hinterbliebenen der ver- unglückten Berufslute einleiten und soll ferner Sorge dafür tragen, daß ein Grundstück (Bergmannsstraße) gebildet wird, der auch die fernere Unterstützung der Betroffenen in Fällen der Not gewährleistet. Der Antrag soll auch Mittel freihalten für weitere tödliche Unfälle. Der Antrag soll in einer absehbar einkommenden Sitzung zur Be- ratung kommen. — Der Gemeinderat verabschiedet die zweite Cutting über eingelauftene Spenden in Höhe von 10 220,10 Mark, während die Sammlung des "Völks- boten" bereits auf 28 500,00 Mark angewachsen ist.

Aufdrücklich der 31. Dresdner Gesäßlausstellung ver- anstalteten die beiden Dresdner Gesäßlausvereine im Konzertsaal des nördlichen Ausstellungspalastes einen Komödie mit Ball. Die Bearbeitungsaufgabe hielt der Vorsteher des 1. Dresdner Gesäßlausvereins, Kunstmaler Kurt A. Meißner, der besonders der Stadtverwaltung dankte, daß sie durch Bereitstellung der Aus- führungshalle es ermöglicht habe, wieder eine Show zu stande zu bringen, die sich den ersten Ausstellungen Deutschlands würdig zur Seite stellen könne. Das lebhafte Be- teiligung in einem Triumpfzug nach Preisträger Bismarck- Wallstraße, der insbesondere auch die ausgetriebene Organisations der Ausstellung bewußt. Der Vorsteher des Gesäßlausvereins Dresden-Niedstadt, Ernst Schäfer, feierte in seinem Triumpfzug die Einzelheit, die bei der Durchführung der Ausstellung wieder einen Triumph ge- feiert habe. Auf die Unterhaltung hatte Lehrer Alfred Blumentritt Dresden-Döbrik gefordert, der selbst mit bestem Gelingen einige Lieder für Barton sang. Die Konzertängerin Johanna Blumentritt-Chemnitz (Sopran) erlangte sich in kumpischer Vorfragdatt ebenfalls vollen Erfolg. Die hödliche Begeisterung erweckte der Dresdner Schriftsteller K. A. Geßler (Schödlische Spötter) mit seinem latenter Humor. Am Klavier wirkte feinfühlig Johannes Schreier. Die Delicat-Sopelle stieß ununter zum Ton an.

Die Friedensvertrag und Auslandsdeutschland. Der Friedensvertrag hat mit der Verteilung deutscher Gebiete und dem Auschluß von Millionen Deutscher aus den Reichsgrenzen das Arbeitsgebiet des Vereins für das Deutschland im Ausland angesehener erweitert. Das deutsche Volk aber beachtet die Not der zu Auslandsdeutschen gewordenen Brüder zu wenig. Um die dringend nötige Auflösung zu erheben, hat sich Rechtsanwalt Dr. Breit Dresden, bereit erklärt, vor den drei hiesigen Ortsgruppen des Vereins bei Auslandsdeutschen einen Vortrag über den „Frieden und Vertrag von Versailles“ unter besonderer Berücksichtigung seiner Einwirkung auf das Auslandsdeutschland zu halten. Der Vortrag findet nächsten Mittwoch 8½ Uhr im Hörsaal 77 der Technischen Hochschule statt und ist öffentlich.

Überbauliche Gebirgssicht im Dresdner Orpheus. Das war eine wässrige Abwechslung für die Orpheus, die den Boden vom den ältesten Seefahrer jetzt so geschmack-

werden, einmal die See mit dem Gebirge tauschen zu können. Mit Freuden folgten sie dem Ruf der Verordnung: "Wir wollen hinaus auf die Berge" und waren in Scharen, angezogen mit dem selben Gedanken, den Boden und Gemütsbedenken an der Seite ihrer blühenden Freunde noch dem Parkgarten auf den Rücken der Alberner Höhe. In dem hier berichteten Saale entwickelte sich bald ein buntes, fröhliches Treiben. Gestalt und Gesicht wurde aus Herzenslust, besonders viel waren die älteren Semester, darunter auch ein berühmter Professor aus dem Oberlande, der auch kein Jungling mit losigem Haar mehr ist. Einer hatte sogar seine Sau - das ist kein Draufseiter! - mitgebracht. Man hatte auch Glück. Die Gebirgsfeierten gerade Wodenweihe und der Regelclub "Berghüter" aus Kammerlöwen mit Kindergarten seines Burgenlandes. Welch neunde Lust da oben wehte, konnte man aus dem Bobb erleben, das anstatt eines Kindes Tanzen aus. Und eine schreckliche Tanzmaus aus. Die das Fest so vergnügt ausgerichtet hatten, waren Paulinus, Andor, Albert, Petersen und Paul Zimmer. Sie därfen wieder machen.

Der Verein zum Frauenhut, Dresden, Georgstraße 8, gliedert seinem Edith-Pensionat mit Fortbildungsklassen am 1. April eine Haushaltungsschule an.

Vorübergehend geweihter Fernsprechanschluss. Wegen Zu widerhandlung gegen die Verantragung vom 20. Dezember 1919 über die Einschränkung des privaten Fernsprechverkehrs ist der Fernsprechanschluss Nr. 27984 vom 15. Februar ab auf drei Tage gesperrt worden.

Barentstetter für Überschreitung. Die Vize des Barentstetter zu Gunsten der überspannende für Überschreitung werden bei der Firma E. G. Hartmann am Pirnaischen Platz verkaufen, wo auch Vergewinne in einem Schaufenster ausgestellt sind. (Los 2 Markt.)

Neue Apotheke in Dresden-Neustadt. In der Nähe des Personenbahnhofs Dresden-Neustadt soll eine neue Apotheke errichtet werden. Konzessionen werden nur als persönliche verliehen, sind also unveräußerlich und unveräußerbare. Bewerbungen sind bis zum 2. März 1921 bei der Kreisbaudirektion Dresden einzureichen.

kleine heimliche Nachrichten. Heimliche Nachrichten. Gestern, Dienstag, abends 8 Uhr, sprach Pastor Seifert über das Thema: "Wie soll eine rechte Ebene sein?" Der Eintritt ist frei. — Morgen, Mittwoch, abends um 8 Uhr in der Sakristei der Reformierten Kirche ein Vesperabendgottesdienst, den Pastor Dr. Rautenkampf mit einem Vortrag über den johannischen Christus einleiten wird. — St. Pauluskirche. Im Kirchlichen Verein hält Donnerstag, 17. Februar, abends 8 Uhr, Missionar Stenberg aus Skandinavien einen Vesperabendvortrag im Gemeindehaus, Vangelstrasse 10. Eintritt nur für Empfängerin frei.

Theologische Gesellschaft. In den Räumen der Arznei- öffentlichen Bibliothek der Theologischen Gesellschaft, Zweig-Treuen, Kirchener Straße 8, 3. findet morgen, Mittwoch, abends 8½ Uhr, eine Vorlesung statt über das Thema: "Die Lehre der Quader".

Die populären Diskussions- die Kocher-Heiden- doffest im Antropol. Schlesienpal., veranstaltet, bringen heute, Dienstag, 8 Uhr, einen Vortrag. Heine, Abend. Der Eintrittspreis ist nichts.

Im Palais Maximilian, Moritzstraße 19, findet morgen, Mittwoch, abends 18 Uhr, ein Vortrag der dreijährigen Be- wirtschaftung durch Herrn Martin Rehner und Gattin ein großes Sonderkonzert statt.

Das Wunder des Schneeschuh. Wie uns die Deutsche Feuerwehr in m. n. d. Preisen, Salzkotten, mitteilt, ist es in gelungen, den herzlichen Film "Das Wunder des Schneeschuh" von der Deutschen Filmgesellschaft für die Kreishauptmannschaft Dresden zu erwerben.

Verurteilung eines Gewerbolden-demonstranten. Gegen Landstreitende wurde der am Ende der vorangegangenen Woche lebende Handarbeiter Oskar Diekmann von der fünften Strafkammer zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Diekmann befand sich am 3. Juli vergangenen Jahres unter den Gewerbolden-demonstranten, die vom Schlossplatz aus nach dem Ministerium und von dort wieder nach der inneren Stadt ge- zogen waren, wo schließlich mehrere Geschäftshäuser geplündert wurden. D. der sich an den Demonstranten befreit, gab zu, unter den Demonstranten befand, daß er unter den beteiligten 20 Jahren alten Mauers, Friedrich Wilhelm, Peter und Paula, der eine schwere Gehirnerschütterung und Schädelbruch erlitten und bewußtlos zusammenbrach. Der verheiratete Mann wurde mit Kastenwagen dem Krankenhaus Friedrichstadt zugeführt.

— Schwere Unfall. Am Montag vorhin fiel in dem im Arsenal befindlichen Hartmann-Werk ein schwerer Gegengang auf den dort beschäftigten 30 Jahre alten Maurer Friedrich Wilhelm Pelschel aus Lausa, der eine schwere Gehirnerschütterung und Schädelbruch erlitten und bewußtlos zusammenbrach. Der verheiratete Mann wurde mit Kastenwagen dem Krankenhaus Friedrichstadt zugeführt.

— Beim Zillau verunglückt. Am Sonntag nachmittag in Zillau, die in der Friedrichstadt wohnhaft, 30 Jahre alte Zuschauerin Kraulein A. G. Die zog sich einen Beinbruch zu. Man brachte sie mit der Eisenbahn nach Dresden und hier ins Krankenhaus.

Niederschlag. An der diesjährigen ersten Lebens- mittelausstellung wurde zunächst Herr Buttig als Vertreter der Gewerkschaften an Stelle des aufgedrehten Herzen Außen in sein Amt als Mitglied des Ausstuhlfestes eingeweiht. Der Ausstuhlfest hatte ihm u. a. mit zahlreichen von den Gewerbolden eingetragenen Anträgen zu befassen. Man erkannte wohl die Lage der Gewerbolden an, andererseits war man doch aber auch darüber einig, daß den Antragsteller auf Grund nachweisbarer Tatsachen bisher in jeder Beziehung entschoren bekommen werden. Die Anträge über Verbüßung von Petrolen, Arbeitskleidung, Oliventägeln, Arzt und Kosten wurden aus diesem Grunde zur eingehenden Beurteilung dem Nebenordnungsausschuß in Einvernehmen mit dem Schlosserausschuß überwiesen. Kurz vor dem Ausstellungseröffnung beschloß der Ausstuhlfest vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates, diese Woche Kartoffeln pro Person 5 Pfennig zu 5 M. an Gewerbolden und Bedürftige auszugeben.

Chemnitz. An der großen Prototypenver- sammlung der Chemnitzer Bürgerschaft aus dem Königssaal am Sonntagnachmittag beteiligten sich viele tausend Personen beiderlei Geschlechtes. Oberstudient Prof. Siegert fand die rechten Worte für die Beforderungen der Entente und erntete brausende Beifall. Einer markanten Entschließung wurde lebhaft zugesagt. — Die Chemnitzer Kommunisten hielten eine halbe Stunde vorher auf dem gleichen Platz eine Demonstration gegen den nationalsozialistischen "Kummel" ab, und von vielen Seiten wurden nicht ohne Grund unliebsame Zusammensetze befürchtet. Diese traten jedoch nicht ein; nur eine Ansahl unerfreuerlicher Burschen, die mit dem Gros der Kommunisten nicht ob- gehangen waren, rückten durch fortgesetztes Jodeln und Peifen die Ansprache Prof. Siegerts zu hören.

Vereinskalender für heute: Dresdner Kaufmannschaft: Vortrag, 14½ Uhr, großer Saal. Dresdner Lieberthal: 8 Uhr, wichtige Probe. Dresdner Lanthäuser: Probe, 8 Uhr. Ges.-Ver.: Monats-Vort. und Tour.-Abf., 7 Uhr, Oberbräu.

Und der Weißhölzlwelt. Die von mehr als 10 000 Herren in örtlichen Untertanen empfohlene Formamin-Tabletten sind ein angenehm zu nehmen, wissames Desinfektionsmittel zum Schutz vor Ansteckung. Formamin-Tabletten sind in allen Apotheken und Drogerien zu haben.

Der Stadtbauhof unserer heutigen Nummer liegt ein Pro- fess. der Firma Bauer & Cie, Berlin, bei.

Vorschläge für den Mittagstisch. Kartoffelauflauf mit brauner Zwiebel und Blutwurst.

Bermüthiges.

Der Deutsche Sängerbund bei Hindenburg. Der in Hannover aufzutretende Gesamtausschuß des Deutschen Sängerbundes hatte Gelegenheit, dem Feldmarschall v. Hindenburg die Gräfe der deutschen Sängerkunst zu überbringen. Der Bundesvorsteher, Rechtsanwalt Lütz, Berlin, brachte in seiner Ansrede an, daß der Sängerbund die Gefüle der Verehrung aller Deutschen zum Ausdruck. Die deutsche Sängerkunst gebe das Versprechen, daß sie kräftiger noch als vorher an dem erhalten werde, was trost allen Glücks am deutschen Volk und an den Idealen gebrachte werden. Generalfeldmarschall v. Hindenburg dankte mit warmen Worten für die ihn erfreuende Begrüßung. Ohne Ideale werde man allerdings nicht mehr in der heutigen Welt leben können. Das Ideal, dem das deutsche Volk nachstreben muß, sei die Einigkeit. Die Macht des Liedes habe er nicht nur im Frieden, sondern oft auch in schweren Stunden des Welt- krieges kennen gelernt.

Gold im Senftenberger Braunkohlenrevier. Bergmeister August Böller beschäftigte sich in Nr. 28 der "Braunkohle" mit der Geologie des Senftenberger Braunkohlenreviers. Er bemerkte, daß Senften- hold im ganzen Senftenberger Revier in den Rieben über der Braunkohle zu finden sein wird. Senftenhold ist ein reichmäßiger, wenn auch sehr geringer Bestandteil der Schichten anzusehen, die sich aus dem vom Gebirge der Oberlausitz kommenden Geröllemassen zusammen- setzen und sich nach Norden weit hin über die Ebene als Flusshaufschüttungen ausbreiten haben, wo sie später von den aus Norden kommenden eiszeitlichen Bildungen überdeckt wurden. Freilich ist der Goldgehalt der von Böller festgestellten Fundpunkte für eine Gewinnung zu gering, es steht jedoch die Möglichkeit vor, daß an anderen Stellen goldreichere Goldvorräte auftreten.

Ermordung einer Mitterndorfsherin. Nach einer Meldung aus Lübeck (Vor. Stegny) wurde am Montag morgen die Bevölkerung des Mitterndorfes Kappelshof, Dorothea Rohrbach, angeblich von einer zwölfjährigen An- verwandten durch drei Revolverkugeln getötet. Die ermordete Mutter ist bei dann tödlich erschossen.

Eröffnung einer Kaliwerke. Vor dem Buchergericht in Düsseldorf wurde der sogenannte Kaliwerkeprozeß in Düsseldorf zwischen dem ehemaligen Kaliwerkebetreiber und dem ehemaligen Betriebsleiter der Firma Baum und Weissen verhandelt. Es heißt sich heraus, daß die Schieber in allen Teilen Westdeutschlands mehrere hundert Tonnen Chlorkalium, von denen die Hälfte beschlagnahmt werden sollte, zu Auslandspreisen ausverkauft haben. Die Tonnen wurden auf Grund ge- fälschter Ausfuhrbelege und unter falschen Probeschreiben nach Holland verkoben. Der holländische Betreiber M. C. Götzen, Rotterdam, Riemerhaven 144, der mit den deutschen Schiebern hand in Hand arbeitete, konnte nicht erfaßt werden. Seine Hoffnungshoffner erhielten die folgenden Strafen: Viktor Baumann, Geschäftsführer der Firma W. D. Baumann, Düsseldorf-Unterbach, 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, 200 000 Mark Geldstrafe und 60 000 Mark Gewinnabschöpfung. Frau W. D. Baumann, Inhaberin der Firma, 3 Monate Gefängnis. Walther Baumann, Minihaber der Deutschen Antikaliwerkegesellschaft m. b. H. Düsseldorf-Oberkassel, 2 Jahre Gefängnis, 200 000 Mark Geldstrafe, 50 000 Mark Gewinnabschöpfung. Ferdinand Möbius, Minihaber der Firma, 1 Jahr Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe, 20 000 Mark Gewinnabschöpfung. Antonius Böller, Vorstand der Firma, 2 Jahre Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe. Gustav Köhne, Chemnitz, 100 000 Mark Geldstrafe. Gustav Schröder, Gütersloh, 100 000 Mark Geldstrafe. Gustav Schröder, Düsseldorf, 6 Monate Gefängnis, 40 000 Mark Geldstrafe. Eugen Schröder, Aachen, 3 Monate Gefängnis. 30 000 Mark Geldstrafe. Wilhelm Rehler, Hamm, 1 Jahr Gefängnis, 10 000 Mark Geldstrafe. Emil Rehler & Sohn, Hamm, 6 Monate Gefängnis, 20 000 Mark Geldstrafe, 2 000 Mark Gewinnabschöpfung. Gustav Woldrode, 20 000 Mark Geldstrafe und 5000 Mark Gewinnabschöpfung. Leo Engel Nienhöfen, Inhaber der Firma G. Schön in Hungen, 25 000 Mark Geldstrafe und 6000 Mark Gewinnabschöpfung. Das Reichsfinanzministerium hat erneut die Grenzbeamten auf die Kaliwerke zu untersuchen aufmerksam gemacht und sie zur Berichterstattung über alle ver- dächtigen Fälle der Kaliabfuhr aufgefordert.

Hälser und Schieber. Es ist jetzt die Entlastung einer Hälsergruppe gelungen, die Millionenabfuhren vornahm. Während früher eine Schiebergesellschaft entstand, wurde die durch Mittel eines Kanalgelehrten im Bureau des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligungen mit echten Stempeln arbeitete, hat die jetzt endende Hälsergruppe mit eigenen Stempeln und Druckstempelpressen gearbeitet. Der Gesamtwert der Hälserungen belief sich im ersten Halle auf 36 Millionen Mark.

Fahr

als Rad- und Kraftfahrer, um Enttäuschungen bewahrt zu bleiben, Continental-Pneumatik. Aus besten Rohstoffen hergestellt, ist er im Gebrauch billig.

Continental Pneumatik

Korsetthaus Max Hoffmann, Dresden-II, Wallstraße, Ecke Scheffelstraße. Kleinstes und größtes Spezialgeschäft am Platz. Modernste Form von vorzüglichem Stoff, bekanntester Schuhholzstoff, kostengünstig in jeder Preislage. Büffelleder, Asternleder, Norma Lamm, Strumpfleder, Seidenleder, Damen-, Herren-, Kinder-, Kindermode. Korsett, Büßcherel u. Reparatur, Rahmenfestigung, anfangs vorzüglich im Sit - für beide Damen besonders von Seite - schnell und preiswert. — Prima Staff. Preis am Lager - , auf Wunsch auch Verarbeitung dauergebener Stoffe.

Dujardin im niedrigen Weinbrand. Dujardin & Cie. g.m.b.H. ÜRNDINGEN "AM LAPOCHE" (Cognac-Charente Marque), General-Vertreter für das ehemalige Königreich Sachsen: Gustav Paul Gerhardt, Dresden-A. 16, Commissaristraße 53. Telefon Nr. 13004.

Cis-Zahnputzver., Nr. 23, eine künstliche Zahnbürste.

Börse und Handelsteil.

Die Lage des deutschen Unternehmertums in der tschecho-slowakischen Republik.

Von Syndicus H. Siebner,

Geschäftsführer des Danabundes, Bankdirektor Sachsen. Mit den Sachsen verharrten tschecho-slowakischen Republik, dem alten Königreich Böhmen, verbunden und als Jahrhunderte lange Beziehungen, die noch über die Zeiten Tugendamts zurückreichen. Aus diesem Grunde sollte beiderseits das Bekrebsverhältnis, die alten, historisch entwickelten Beziehungen aufrecht zu erhalten und zu fördern. Hierzu gehört auch die Verstärkung der Interessen der deutschsprachigen Unternehmer in Böhmen und Mähren sowie dem alten Österreich-Schlesien. Hierzu gehört aber auch weiterhin die von Bewohnern deutscher Sprache und Stämme in den Nachgebieten seit vielen Jahrhunderten entwickelten Industrie. So ist der Zusammenhang z. B. zwischen der Legit.-Industrie in unserer Hauptstadt sowie im Norden Böhmen in sozialer historischer Entwicklung unverkennbar. Das gleiche gilt von den böhmischen Bergwerksgebieten am Südende des Erzgebirges und unteren Schiefergebirgen im Norden deselben usw. Nach Lage der Verhältnisse steht die Sorge um den Absatz der eigentlichen Bodenschäfte auf keine besonderen Schwierigkeiten, dagegen haben die verarbeitenden und die Fertigindustrien schwer zu kämpfen. Dieselben waren im Laufe der Zeit auf das Absatzgebiet der ganzen alten österreichisch-ungarischen Industrie mit ihren 5 Millionen Einwohnern eingestellt, während ihr jetzt in dem kleineren Nachfolgestaate nur ein Absatzmarkt von 1,5 Millionen Einwohnern zur Verfügung steht und gleichzeitig die Ausfuhr wie die Verschaffung wichtiger Materialien für die Fabrikation vielfach erschwert und gehemmt ist. Man sollte annehmen, daß unter diesen Umständen die Regierung in Prag ein Interesse daran hätte, diesen Industrien in jeder Weise zur Erhaltung ihrer Existenz entgegen zu kommen, oder weit gefehlt! Alles wird hier nur vom Standpunkt einer tschechischen Nationalpolitik aus betrachtet und dieser müssen alle Mittel, selbst das Mäntelchen der politischen Partei dienen. So verfolgt man auch jenseits der Grenze Sozialversicherungspläne zunächst im Kohlenbergbau, aber nicht um der Sozialisierung selbst willen, sondern um in die leidenden Stellen unter Ausschaltung deutscher Kreise tschechische Nationalisten hinein zu bringen und so den Einfluß auf diese Unternehmungen aus den deutschen in die tschechischen Kreise zu überführen. Mit ähnlichen geplanten Maßnahmen in anderen Industrien verfolgt man im Grunde nur dieselben Absichten. Wenn oben im Zusammenhange hiermit von der Einführungserlaubnis für gewisse Artikel gesprochen wurde, so sei nur beispielhaft erwähnt, daß für Automobil- und Motorbetriebsstoff erwähnt, an dem drängendsten Mangel herrscht, der aber dringend benötigt wird. Die Einfahrt durch Deutschland von Holland her steht auf feinerster Schwierigkeit bis zur böhmischen Grenze. Die Prager Regierung aber legt der Einführung der Einführungserlaubnis immer wieder Entgegen, wenn es sich um Artikel mit Inhaben deutscher Sprache handelt. Bei dieser Einfahrt ist es nur ein Witz, daß im allgemeinen der deutschsprachige Unternehmer sich mit seinen deutschnahen Arbeitnehmern in beiderseitigem Interesse zu verhindern weiß. Dazu was ihrer sonst hätten würde, zeigte sich, als vor einiger Zeit eine Rohnahreitigkeit in einem Betrieb ausgebrochen war und die Verständigung auf Schwierigkeiten stieß. In diesem Falle erhielten die beteiligten Parteien von der Regierung eine Anstellung dazwischen, daß sie sich innerhalb zwölf Wochen zu einigen hätten, andernfalls das Werk in Zwangsverwaltung genommen und die Arbeit durch führende tschechische Regionale fortgeführt würde. Wäre es dahin gekommen, so wäre damit sowohl der deutsche Unternehmer wie die deutsche Arbeiterschaft aus dem Werke wohl dauernd bestellt gewesen. Ob der deutsche Arbeiter dann wieder anderweitig Stellung gefunden hätte, wäre der Regierung in Prag gleichgültig gewesen. Ihr Wunsch geht dahin: Der deutsche Arbeiter soll entweder tschechisch werden oder auswandern. In ähnlich schwieriger Lage befindet sich unter diesen Umständen auch der Kaufmann, sowie der Handwerker. Das Handwerk hat zwar noch seine Fachorganisationen, doch haben auch diese große Schwierigkeiten um den Kampf für ihre Mitglieder zu führen. Behördliche Anträge werden fast nur an tschechische Firmen, insbesondere an die tschechische Industrie, gestellt, die erg seit etwa 30 Jahren auf Konkurrenz und mit Hilfe der Regierung künstlich entmobilisiert worden ist.

Verhältnismäßig am günstigsten, wenn auch mit Unterschieden unter diesen Umständen, die Lage der deutschen Handelswirtschaft. Doch auch hier will man die wirtschaftlich Kräftigsten bestimmen. Die Republik hat unter dem 20. Januar 1920 ein Börsenzutlassungsgesetz erlassen, das sich auf das Börsengesetz vom 18. April 1919 bezieht, die Ausstellung des großen Grundbesitzes stoppt. Große Wirtschaftseinheiten sollen zwar angeblich nicht zerstiegen werden, um nicht die Versorgungsmöglichkeit der Allgemeinheit zu gefährden. Aber alles kommt ja auf die behördliche Entscheidung an, und so werden wohl manche großen Güter aufgeteilt werden, tschechische aber bleiben. Zurzeit können sowohl Einzelpersonen wie Geschäftsmänner ihre Ansprüche bis 20. Februar dieses Jahres bei ihrer Gewerbebehörde anmelden, wenn diese Frist nicht noch verlängert wird. Die Zulassungssätze sollen ein Abzug von 6 bis 15 Prozent umfassen, die auch von Kleingrundbesitzern häufig erworben werden können. Als Kaufpreis soll der Durchschnittspreis gelten nach dem Wert in den Jahren 1918 und 1919. Vorläufige Abstufungen haben aber schon ergeben, daß die Abstufungskommission oft auf kaum nur die Hälfte zugezogen will, das wäre also nur etwa 1/2 des heutigen Wertes. Ammerhin scheinen sich mit Maßnahmen auf die reinen Parteidörungen, namentlich auch unter den Kommunen, auch die tschechischen Grundbesitzer teilweise nicht ganz sicher zu fühlen, und es ist aus diesem Grunde eine Annäherung beider Grundbesitzer-Gebände zu gemeinsamer Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen in vorheriger Weise erfolgt; ob auch zum Nutzen der deutschen Nationalitätsschäfte in Böhmen, wird die Zukunft lehren.

Dennoch sollten diese Verhältnisse in unserem Nachbarland bestehen und nicht ungescheit bleiben, und durch Anbindung und Aufrechterhaltung guter Beziehungen an der Regierung in Prag mißbraucht werden, daß beide Länder in erster Linie die reinwirtschaftlichen Notwendigkeiten in der jeweils Feste in den Vordergrund stellen und daß diese nicht durch eine Beeinträchtigung historisch entwickelter wirtschaftlicher Kräfte zum Schaden der Volker selbst gehemmt werden.

Produktionsbörse zu Dresden, 14. Febr. 1920, ab Lager Dresden, unter 5000 Kilogramm 162-160 Pf. das, abweichend Hamburg, bei 10.000 Kilogramm 140 Pf. das, abweichend Hamburg —, Leinfaß 270 bis 300, Stoßfass, seidenfrei, per 50 Kilogramm brutto 1100-1400, Gelbfäße, seidenfrei, per 50 Kilogramm brutto 220-300, Schweiß. Klee, seidenfrei, per 50 Kilogramm brutto 1150-1450, Thomotee 876 bis 450, Trockenknüdel per 50 Kilogramm netto 61-65, Stroh ab Dresden 18-20, Haub. sägl., Lole, ab Dresden 48-48.

Frankfurter Börse vom 14. Febr. Das Geschäft an der heutigen Börse steht noch auf seinem Gebiete einen größeren Umsatz an. Montanaktien unterlagen vereinzelt mäßigen Schwankungen. Deutz-Lugger 800, Gelsenkirchener 821 (beide 4% niedriger), Budens 488, Harpener 420 bis 428, Mannesmann 510 bis 520, Phoenix 542, Oberbevar 268, Adler-Steyer 214, Daimler.

Motoren 247, Schanzing-Bauen 588, im weiteren Verlauf noch abwärts bis 594, nachdrücklich 590. Mexikanische Bereiche lagen schwächer. 5% Gold-Mexikaner 657, 4,5% Gold-Bewässerungs-Aktie 440. Bank für Börsennotierter 830, Metallbau 200, Schiffahrt-Aktien fanden sich bestätigt. Es notierten Norddeutsche Bahn 197, Papag 197, m. In Chemischen und Elektrowerten blieb der Umsatz bekräftigt auf Theodor Goldschmidt mit 750, Ultronar 570, Anglo-Continental-Gummi waren stark gefüllt, der Kurs stieg sich auf 870 + 20 %. Die Tendenz des Kessellindustrie-marktes war gut beobachtet. Niederöster. Rohöl 1000, Spiegel und Spiegelglas 500, Bellhoff Waldhof 425, Bellhoff Dresden 225, Bellhoff Althoffenburg 400, Hirsh-Kupfer 360, Gummiwaren Peter 120, Bergmann-Elektrizität 115, Licht und Kraft 200, Deutsch-Uebersee-Elektrizität 201, m. Im freien Verkehr wurden notiert Maschinenluft mit 4500 bis 4520, alte Deutsche Petroleum 280, junge 740 bis 780. Der Devisenmarkt lag schwach. Die Notierungen laufen wie folgt: Brüssel 445, Holland 1900, Paris 415, Italien 112, Schweiz 225, New York 38%, London 222, s.

Wollindustrie A.-G. in Chemnitz. Die außerordentliche Hauptversammlung beschloß einstimmig die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Chemnitz nach Köln a. Rh. Neu in den Aufsichtsrat gewählt wurden die Herren Direktor Richter in B. und Otto Bilo in Südtirol.

Sächsische Emailier- und Glaswerke vom. Gebr. Gaßner in Zwickau. Nach dem Geschäftsjahr für 1920 ergab sich einschließlich Sorttag ein Gewinn von 4,4 M. (B. 1,72) Millionen Mark. Unfosten erhöhten 2,28 (B. 0,28) Millionen Mark. Nach Abzierung von 0,49 (B. 0,23) Millionen Mark und 0,16 Millionen Mark Versorgerlusten verblieb ein Reinergewinn von 0,77 (B. 0,31) Millionen Mark, aus dem bekanntlich mehr 20 % Dividende auf das auf 8,5 (B. 1,25) Millionen Mark erhöhte Aktienkapital verteilt werden sollen bei 65 000 M. (B. 55 000 M.) Bewertung. Die Aussichten für 1921 seien ungünstig. Der Auftragbestand in Emailierwaren sei befriedigend, in Aluminiumwaren dagegen gering.

Union, Preßhefensabteil und Presserei A.-G. in Leipzig. In der Hauptversammlung wurde die Dividende auf 18 % festgelegt und beschlossen, in Abänderung der Statuten die Bezahlung des Aufschlusses mit Rückwirkung für 1920 anderweitig festzulegen.

Erzherzogwerke Aktiengesellschaft in Neumarkt i. B. bei Nürnberg. Die 24. ordentliche Hauptversammlung, die von zwei Aktionären mit 400 Stimmen besetzt war, setzte in glatter Abstimmung der Regularien die sofort zahlbare Dividende auf 15 % für die Vorzugsaktien und 8 % für die Stammaktien fest. Die Aufschlussabstimmung ergab die einstimmige Wiederberufung der Abstimmungsmehrheit ausdrückender Mitglieder. Ferner beschloß die Versammlung, entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung, das Grundkapital um 800 000 M. aufzulösen in 520 000 M. Stammaktien und 271 000 M. Vorzugsaktien, auf 1 000 000 M. zu erhöhen. Den Stammaktien wird ein Bezugsschein im Verhältnis von 4 : 3 zum Kurs von 118 % und den Vorzugsaktien ein solches von 5 : 3 zum Kurs von 180 % eingeräumt. Nach Mitteilung der Verwaltung ist der Geschäftsgang bis jetzt noch ein guter; der Auftragseingang ist lediglich und der Umsatz weiter steigend.

* **Hausenlein & Bogler Aktiengesellschaft in Berlin.** Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 1919 einen Rohgewinn von 8 618 002 M. (B. 411 200 M.), während allgemeine Unfosten 2 501 570 Mark (B. 145 685 M.), Kurverluste 192 877 M. (B. 175 962 M.), Verluste auf Außenstände 646 000 M. (B. 208 921 M.) und Inventurabschreibung 68 425 M. erhöhten, so daß ein Reinergewinn von 8 188 M. (B. 187 572 M.) verbleibt, aus dem 4 % Dividende bedient werden sollen. In der Bilanz erscheinen bei 2 Millionen Mark Kapital Kredite mit 8 245 574 M. (B. 220 587 M.), dagegen beitragen Detektoren 1 180 212 M. (B. 860 112 M.) und Gläser 662 200 M. (B. 600 062 M.).

Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft — Linke-Hofmann-Werke A.-G. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrates der A.-G. und des Aufschlussrates von Linke-Hofmann wurde vereinbart, die seit längerer Zeit angestrebte Annäherung der beiden Gesellschaften durch einen Aktienkaufaustausch zu befristigen. Beide der beiden Firmen soll 20 Millionen Mark junger Aktien der anderen mit Dividendenanspruch vom 1. Januar 1921 zu zuverlässigen Käufen erwerben. Das Bewertungsverhältnis von A.-G. und Linke-Hofmann-Aktien wird im Verhältnis von 2 : 3 bemessen und die Wertdifferenz seitens der A.-G. in der ausgleichen. Die beiderseitigen Hauptversammlungen werden an Anfang März einberufen werden.

A.-G. für chemische Produkte G. Scheidemann, Berlin. Der Aufschlussrat schlägt der auf dem 21. März einberufenen Hauptversammlung bei einem Vortrag von 722 708 M. eine Dividende von 80 % vor. Der Geschäftsgang wird als außerdienststellend bezeichnet.

* **Norddeutscher Lloyd, Bremen.** Wie versprochen, sollen den Aktionären die jungen Aktien im Verhältnis von 1 : 1 zu ungefähr 125 % zum Bezug angeboten werden. Wahrscheinlich wird für die Jahre 1919 und 1920 vorerstlich je 8 %.

Postnachnahmeverkehr. In Nummer 60 der *Dresdner Nachrichten* veröffentlichten wir eine uns von der heiligen Oberpostdirektion ausgewanderte Notiz, die eine Eingabe des Verbandes der tschechischen Grundbesitzer teilweise nicht ganz sicher zu führen, und es ist aus diesem Grunde eine Annäherung beider Grundbesitzer-Gebände zu gemeinsamer Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen in vorheriger Weise erfolgt; ob auch zum Nutzen der deutschen Nationalitätsschäfte in Böhmen, wird die Zukunft lehren.

Dennoch sollten diese Verhältnisse in unserem Nachbarland bestehen und nicht ungescheit bleiben, und durch Anbindung und Aufrechterhaltung guter Beziehungen an der Regierung in Prag mitbringen werden, daß beide Länder in erster Linie die reinwirtschaftlichen Notwendigkeiten in der jeweils Feste in den Vordergrund stellen und daß diese nicht durch eine Beeinträchtigung historisch entwickelter wirtschaftlicher Kräfte zum Schaden der Volker selbst gehemmt werden.

Produktionsbörse zu Dresden, 14. Febr. 1920, ab Lager Dresden, unter 5000 Kilogramm 162-160 Pf. das, abweichend Hamburg —, Leinfaß 270 bis 300, Stoßfass, seidenfrei, per 50 Kilogramm brutto 1100-1400, Gelbfäße, seidenfrei, per 50 Kilogramm brutto 220-300, Schweiß. Klee, seidenfrei, per 50 Kilogramm brutto 1150-1450, Thomotee 876 bis 450, Trockenknüdel per 50 Kilogramm netto 61-65, Stroh ab Dresden 18-20, Haub. sägl., Lole, ab Dresden 48-48.

Frankfurter Börse vom 14. Febr. Das Geschäft an der heutigen Börse steht noch auf seinem Gebiete einen größeren Umsatz an. Montanaktien unterlagen vereinzelt mäßigen Schwankungen. Deutz-Lugger 800, Gelsenkirchener 821 (beide 4% niedriger), Budens 488, Harpener 420 bis 428, Mannesmann 510 bis 520, Phoenix 542, Oberbevar 268, Adler-Steyer 214, Daimler.

Notizen 247, Schanzing-Bauen 588, im weiteren Verlauf noch abwärts bis 594, nachdrücklich 590. Mexikanische Bereiche lagen schwächer. 5% Gold-Mexikaner 657, 4,5% Gold-Bewässerungs-Aktie 440. Bank für Börsennotierter 830, Metallbau 200, Schiffahrt-Aktien fanden sich bestätigt. Es notierten Norddeutsche Bahn 197, Papag 197, m. In Chemischen und Elektrowerten blieb der Umsatz bekräftigt auf Theodor Goldschmidt mit 750, Ultronar 570, Anglo-Continental-Gummi waren stark gefüllt, der Kurs stieg sich auf 870 + 20 %. Die Tendenz des Kessellindustrie-marktes war gut beobachtet. Niederöster. Rohöl 1000, Spiegel und Spiegelglas 500, Bellhoff Waldhof 425, Bellhoff Dresden 225, Bellhoff Althoffenburg 400, Hirsh-Kupfer 360, Gummiwaren Peter 120, Bergmann-Elektrizität 115, Licht und Kraft 200, Deutsch-Uebersee-Elektrizität 201, m. Im freien Verkehr wurden notiert Maschinenluft mit 4500 bis 4520, alte Deutsche Petroleum 280, junge 740 bis 780. Der Devisenmarkt lag schwach. Die Notierungen laufen wie folgt: Brüssel 445, Holland 1900, Paris 415, Italien 112, Schweiz 225, New York 38%, London 222, s.

Notizen wenig verändert und ließen sich auf etwa 6,50 M. das Pfund unvergütet für Superior Santos. Im weiteren Verlauf nahm der Markt auf Grund umfangreicher Käufe des Landes eine lebhafte Haltung ein, da sich die bisherigen Abgeber zu einigen Preisnachlässen bequemten und auch die neuen Brüderneinschätzungen zur Schwäche neigten. Superior Santos wurde mit 6 M. das Pfund rechtlich angeboten, während sie schwimmende Ware gleicher Werte auf 6,80 bis 7,20 M. keltete. Abholungsware aus Hamburg wurde mit 7,80 M. angeboten. Interesse zeigte sich auch wieder für zentralamerikanische Kaffees zu 10 bis 12 M. das Pfund. Begehr. Schlüssel des Berichtsabschnittes nahm der Markt wieder einen schleppenden Verlauf, da sowohl das Land, als auch der heile Flughandel angeschaut, während die Börsenmarkte keine Unternehmungslinie mehr zeigte. Die Soforepreise gingen durchweg um 25 bis 30 Pg. das Pfund zurück, aber selbst auf dem ermäßigten Preisstande erledigte das Inland nur die dringendsten Bedarfsumsätze. Die Hamburger Kok- und Braudeküche mit Brüderneinschätzungen waren eng begrenzt — Auf dem Hamburger Kaffeemarkt konnten sich die Preise zu Beginn der Woche gut behaupten. Die neuen Angebote aus den Erzeugungs ländern waren nicht verändert, mit Ausnahme von Guano, dessen Börsen, die zu niedrigeren Preisen angeboten wurden. Das Land zeigte nur geringe Unternehmungslinie; ebenso befähigte sich der Flughandel nur möglich am Geschäft. Im weiteren Verlauf neigten die neuen überseitischen Angebote zur Schwäche, im Zusammenhang mit dem andauernden Fallen der Seetrachten. Die Soforepreise stellten sich am Schlusstage wie folgt: Bahia Superior 575 bis 600 M., je 50 Kilo, Arriba Superior 450 M., Superior Sommer Arriba 900 bis 925 M., Cipóca-Arriba 500 bis 550 M., Cerro 450 bis 500 M., Thomé sein 575 bis 600 M. — Auf dem Hamburger Kaffeemarkt gestaltete sich das Geschäft in den ersten Tagen des Berichtsabschnittes sehr leicht, sowohl im Inlandsverkehr als auch für den Export. Momentan noch der Tschechoslowakei und nach Polen wurden umfangreiche Abschlüsse getätig. Besonders lebhafte Kaufwillen herrschte für amerikanischen Brüder. Auch Kurzschluss wurde zu angreifenden Preisen gehandelt. Dagegen bewegten sich die Umsätze in neuer Weise in engen Grenzen. Begehr. Schlüssel der Woche ließ die gehörfähige Regelmäßigkeit wesentlich nach, die Preise konnten sich nicht mehr voll behaupten. Brüderneinschätzungen lohnen sich am Schlusstage auf 8,80 M. Kilo, Brasil. Brüder auf 8,40 M., Saigonreis 10,40 M., Mörz-Vierritter 10,00 M., Bangkok-Reis 10,00 M., Rangoon-Reis 10,00 M. das Kilo. Auf den großen Hamburger Reisverkäufern gelangten die geahnten Preise wiederholt die Marktpreiserungen. — Der Hamburger Kaffeemarkt eröffnete die letzte Berichtswoche in einem leichten Verlust, der im Januar noch der Börsenmarkte und die Preise gingen gegenüber der Januar-Auktion bei Großhändlern um 10 bis 30%, bei Kaffeesellern um 25% zurück. Dividendenentnahmefälle. Weiländische Bodenrentabilität in Südn. o. Rh. wieder 6 %. — Clientener Bank in Altona 14 % (10 %). — Danziger Bank- und Handelsgesellschaft 8 %. — Continentale Asphalt-Aktiengesellschaft in Hannover 25 % (10%) und 20 % Bonus. — Jahrhundertschrift Rödmann 270-280 M. — Tiefelser Mühlenwerke Akt.-Ges. in Tiefelser 15 %. — Eggersbierbrauerei Augs. Peter, A.-G. in Königsbr. 15 %. — Andreas Klosterbrauerei A.-G. 15 %. — Schwarzer Bier 115 M., welcher Bier 25 M., Vimont 15 M., 110/120er Nacionäße 54 M., Nelsen 32 M., Japan-Angler 18 M., Kante — je nach Reichsfläche 38 bis 42 M., Blum 18 M., Nordom 60 M., Bantille Bourbon 285 M., Bonville Tabith 175 M.

* **Wittelsbacher Central-Bahn-Auktion in Leipzig.** Der Befall der Auflösung war gut, jedoch gestaltete sich der Verkauf der Aufschlussentnahmen. Weiländische Bodenrentabilität in Südn. o. Rh. wieder 6 %. — Clientener Bank in Altona 14 % (10 %). — Danziger Bank- und Handelsgesellschaft 8 %. — Continentale Asphalt-Aktiengesellschaft in Hannover 25 % (10%) und 20 % Bonus. — Jahrhundertschrift Rödmann 270-280 M. — Tiefelser Mühlenwerke Akt.-Ges. in Tiefelser 15 %. — Eggersbierbrauerei Augs. Peter, A.-G. in Königsbr. 15 %. — Andreas Klosterbrauerei A.-G. in Hannover wieder 6 %. — Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg, auf die Inhaber-Aktien 24 % (20,4 %) und 6 % an die Nominal-Vorzugs-Aktien. — Aktiengesellschaft Johannes Jäger in Berlin-Charlottenburg 5 % auf die Vorzugsaktien und 25 % (24 %), sowie 10 % (10 %) Dividendenrufung auf das erhöhte Stammaktienkapital.

Weitere Dividendenfälle vom 14. Febr. (Fortsetzung aus dem Vorabend-Blatt) Schweiz: 951,65 Geld. 953,45 Brief (12. Februar); 946,55 Baum. 948,45 Brief. Spanien: 784,20 Geld. 785,80 Brief (821,15 Baum. 813,85); Paris: 415,05 Geld. 415,05 Brief (422,55 Baum. 423,45).

<

